metall

Das Monatsmagazin der IG Metall

Nr. 4
April 2007
Jahrgang 59
D 4713







Tarifrunde 2007

Beschäftigte haben gute Gründe für mehr Geld

Unfallversicherung

Reform zu Lasten Kranker

Elterngeld

Ratgeber zum neuen Gesetz



Foto: Renate Schildheuer

**Berthold Huber,
Zweiter Vorsitzender
der IG Metall**

Plus ist Muss – und zwar dauerhaft

»Nur mit dauerhaft höheren Löhnen bleibt auch der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland stabil. Wir wollen, dass es lange aufwärts geht. Das funktioniert nur, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Geld in der Tasche haben, das sie ausgeben können.«

Die letzten Zweifel sind ausgeräumt: Auch 2007 wird ein gutes Jahr für die deutsche Wirtschaft. Es läuft sogar noch besser als 2006 – prognostiziert das Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Besonders erfolgreich ist die Metall- und Elektroindustrie. Sie ist der Motor für die gute Konjunktur. Von der Aufwärtsentwicklung profitieren auch kleinere Betriebe. Für sie werden 2007 laut deutscher Bundesbank zweistellige Zuwachsraten erwartet. 6,5 Prozent mehr sind also berechtigt – für große und kleinere Betriebe.

Die Fakten sind eindeutig. Deshalb nimmt den Arbeitgebern fast niemand mehr ihr ritualisiertes Jammern ab. Das haben sie selbst erkannt und ganz trickreich eine neue Argumentation gewählt. Sie schlagen vor, dass ein beträchtlicher Teil der Entgelterhöhung in einer Einmalzahlung bestehen soll. Jan Stefan Roell, neuer Vorsitzender von Südwestmetall, verpasst ihr den wohlklingenden Namen »Konjukturbonus«. Das Angebot wird von den Metall-Arbeitgebern hübsch verpackt. Trotzdem, dieses angebliche Geschenk ist eine Mogelpackung.

Mieten, Autopreise oder die Preise im Supermarkt steigen auch regelmäßig und nicht nur einmalig. Niemand kann nach einem Jahr in den Laden gehen und sagen: »Mein Konjunkturbonus ist ausgelaufen – senken Sie bitte sofort die Preise.« Das ist absurd. Außerdem geht auch die Produktivität – also das, was die Beschäftigten in den Unternehmen jedes Jahr mehr leisten – kontinuierlich nach oben. Davon können die Entgelte nicht einfach abgekoppelt werden.

Und wir reden bei der Einmalzahlung nicht über kleine Beträge. Wenn die Entgelterhöhung nur fünf Jahre lang zur Hälfte als Einmalzahlung ausgezahlt wird, verliert jede und jeder Beschäftigte im Schnitt 5000 Euro. Wir können rechnen und lassen uns nicht aufs Glatteis führen. Sozusagen als Sahnehäubchen obendrauf am Ende einer langen Tarifnacht ist eine Einmalzahlung immer drin. Alles andere ist für die IG Metall nicht akzeptabel.

Nur mit dauerhaft höheren Löhnen bleibt auch der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland stabil. Wir wollen, dass es lange aufwärts geht. Das funktioniert nur, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Geld in der Tasche haben, das sie ausgeben können. Dafür müssen sie gerecht am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden. Es muss also eine faire Entgelterhöhung geben, die nicht nur einmalig ist, sondern in die Struktur einfließt. Darum gilt für diese Tarifrunde: Plus ist Muss – und zwar dauerhaft.



Textilindustrie Ost

In der Textilindustie Ost geht es wieder aufwärts. Die Beschäftigten wollen an diesem Aufschwung teilhaben. Deshalb fordert die IG Metall in dieser Tarifrunde fünf Prozent mehr Entgelt.

Seite 12



Foto: Marcus Richter



Foto: Olaf Döring

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die Bundesregierung plant eine »Reform« der gesetzlichen Unfallversicherung. Arbeitgeber sollen wieder entlastet werden. Unfallopfern und Berufskranken soll dafür tief in die Tasche gegriffen werden.

Seite 16

Aus der Redaktion

Haben Sie die richtige Postanschrift?
Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, die **metall** per Post erhalten: Überprüfen Sie die Adressangaben auf der Rückseite – steht dort der korrekte Vor- und Nachname und die aktuelle Anschrift? Gelegentlich können bei den Namen auch durch ausgeschriebene Umlaute (oe=ö, ue=ü, ae=ä) oder Sonderzeichen (zum Beispiel: ss=ß) die Angaben nicht ganz korrekt sein. Ist die Postleitzahl, Ortsname, Straße und Hausnummer korrekt? Änderungen bitte an Ihre Verwaltungsstelle oder direkt an unseren Vertrieb per E-Mail (vertrieb@igmetall.de) per Fax (069 – 6693-2538) oder per Post (Postanschrift: IG Metall Vorstand, Ressort Vertrieb, 60519 Frankfurt am Main).
Bei einem Umzug bitte die neue Anschrift möglichst frühzeitig an die Verwaltungsstelle melden. Vielen Dank.◄

Inhalt

Editorial
Berthold Huber über die Tarifrunde 2

Magazin
Rente mit 67: So wurde abgestimmt 4
Airbus: Europaweiter Protesttag 6
Kfz-Handwerk: Arbeitgeber proben Tarifausstieg 7

Titel
Tarifrunde 2007:
Großes Stück Kuchen . . . gern mit Sahne 8

Branchenreport
Textilindustrie Ost: Es geht wieder aufwärts 12

Serie über Europa
Mit einer Stimme sprechen 14

Betriebsreport
Büromöbelhersteller Haworth:
In der Krise zur Gewerkschaft 15

Arbeits- und Gesundheitsschutz
Reformpläne zur gesetzlichen Unfallversicherung 16

Transfergesellschaften
Zwischen Bangen und Hoffen 18

Arbeitgebernahe Gruppierungen
Gepäppelt ohne Ende 20

Ratgeber
Telefonaktion 24
Arbeit menschlicher gestalten 26

Rätsel
Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Monatsökonom
Heinz Bontrup über Arbeit, Einkommen und Konjunktur 30

Regionales
Aus den Bezirken 32
Lokales/Karikatur 35
Impressum/Leserbriefe 22

Titel: (von oben nach unten) Stefan Sobotta, Marcus Richter, Thomas Imo

Rente mit 67 – Die vollständige Liste der

Am 9. März beschloss der Bundestag die Rente mit 67 sowie die Dämpfung der künfti 67 Jahre angehoben. Die Rentenerhöhungen sollen im nächsten Jahrzehnt eingeschr beitslosigkeit und obwohl schon heute ein Großteil der Beschäftigten nicht bis 65 du vor dem 67. Lebensjahr in Rente geht, muss Abschläge in Kauf nehmen. Ein weiterer hen gewählte Bundestagsabgeordnete. metall veröffentlicht an dieser Stelle das kon

CDU/CSU: Ulrich Adam, Ilse Aigner, Peter Albach, Peter Altmaier, Dorothee Bär, Thomas Bareiß, Norbert Barthle, Dr. Wolf Bauer, Günter Baumann, Ernst-Reinhard Beck, Veronika Bellmann, Dr. Christoph Bergner, Otto Bernhardt, Clemens Binninger, Carl-Eduard von Bismarck, Renate Blank, Peter Bleser, Antje Blumenthal, Dr. Maria Böhmer, Jochen Borchert, Wolfgang Börnsen, Wolfgang Bosbach, Klaus Brähmig, Michael Brand, Helmut Brandt, Dr. Ralf Brauksiepe, Monika Brüning, Georg Brunnhuber, Gitta Connemann, Leo Dautzenberg, Hubert Deittert, Alexander Dobrindt, Thomas Dörflinger, Marie-Luise Dött, Maria Eichhorn, Anke Eymer, Georg Fahrenschon, Ilse Falk, Dr. Hans Georg Faust, Enak Ferlemann, Ingrid Fischbach, Hartwig Fischer, Dirk Fischer, Ael E. Fischer, Dr. Maria Flachsbarth, Klaus-Peter Flosbach, Herbert Frankenhauser, Dr. Hans-Peter Friedrich, Erich G. Fritz, Jochen-Konrad Fromme, Dr. Michael Fuchs, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Peter Gauweiler, Dr. Jürgen Gehb, Norbert Geis, Eberhard Gienger, Michael Glos, Ralf Göbel, Dr. Reinhard Göhner, Josef Göppel, Peter Götz, Dr. Wolfgang Götzer, Ute Granold, Reinhard Grindel, Hermann Gröhe, Michael Grosse-Brömer, Markus Grübel, Manfred Grund, Monika Grütters, Karl-Theodor Frhr. Zu Guttenberg, Olav Gutting, Holger Haibach, Gerda Hasselfeldt, Ursula Heinen, Uda Carmen Freia Heller, Michael Hennrich, Jürgen Herrmann, Bernd Heynemann, Ernst Hinsken, Peter Hintze, Robert Hochbaum, Klaus Hofbauer, Franz-Josef Holzenkamp, Joachim Hörster, Anette Hübinger, Hubert Hüppe, Susanne Jaffke, Dr. Peter Jahr, Dr. Hans-Heinrich Jordan, Dr. Franz Josef Jung, Andreas Jung, Bartholomäus Kalb, Hans-Werner Kammer, Steffen Kampeter, Alois Karl, Bernhard Kaster, Volker Kauder, Siegfried Kauder, Eckart von Klaeden, Jürgen Klimke, Julia Klöckner, Jens Koeppen, Kristina Köhler, Manfred Kolbe, Norbert Königshofen, Dr. Rolf Koschorrek, Hartmut Koschyk, Thomas Kossendey, Michael Kretschmer, Gunther Krichbaum, Dr. Günter Krings, Dr. Martina Krogmann, Johann-Henrich Krummacher, Dr. Hermann Kues, Dr. Karl A. Lamers, Andreas G. Lämmel, Dr. Norbert Lammert, Katharina Landgraf, Dr. Max Lehmer, Paul Lehrieder, Ingbert Liebing, Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold, Patricia Lips, Dr. Michael Luther, Stephan Mayer, Wolfgang Meckelburg, Dr. Michael Meister, Dr. Angela Merkel, Friedrich Merz, Laurenz Meyer, Maria Michalk, Dr. h.c. Hans Michelbach, Philipp Mißfelder, Dr. Eva Möllring, Marlene Mortler, Dr. Gerd Müller, Hildegard Müller, Carsten Müller, Stefan Müller, Bernward Müller, Bernd Neumann, Michaela Noll, Dr. Georg Nüßlein, Franz Obermeier, Eduard Oswald, Henning Otte, Rita Pawelski, Dr. Peter Paziorek, Ulrich Petzold, Dr. Joachim Pfeiffer, Sibylle Pfeiffer, Beatrix Philipp, Ronald Pofalla, Ruprecht Polenz, Daniela Raab, Thomas Rachel, Hans Raidel, Dr. Peter Ramsauer, Peter Rauen, Eckhardt Rehberg, Katherina Reiche, Klaus Riegert, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Johannes Röring, Kurt J. Rossmanith, Dr. Norbert Röttgen, Dr. Christian Ruck, Albert Rupprecht, Peter Rzepka, Anita Schäfer, Hermann-Josef Scharf, Dr. Wolfgang Schäuble, Hartmut Schauerte, Dr. Annette Schavan, Dr. Andreas Scheuer, Karl Schiewerling, Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Bernd Schmidbauer, Christian Schmidt, Andreas Schmidt, Ingo Schmitt, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Ole Schröder, Bernhard Schulte-Drüggelte, Uwe Schummer, Wilhelm Josef Sebastian, Horst Seehofer, Kurt Segner, Bernd Siebert, Thomas Silberhorn, Johannes Singhammer, Jens Spahn, Erika Steinbach, Christian Freiherr von Stetten, Gero Storjohann, Andreas Storm, Max Straubinger, Thomas Strobl, Lena Strothmann, Michael Stübgen, Hans Peter Thul, Antje Tillmann, Dr. Hans-Peter Uhl, Arnold Vaatz, Volkmar Uwe Vogel, Andrea Astrid Voßhoff, Gerhard Wächter, Marco Wanderwitz, Kai Wegner, Marcus Weinberg, Peter Weiß, Gerald Weiß, Ingo Wellenreuther, Karl-Georg Wellmann, Anette Widmann-Mauz, Klaus-Peter Willsch, Willy Wimmer, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl, Wolfgang Zöller, Willi Zylajew.

SPD: Dr. Lale Akgün, Gregor Amann, Gerd Andres, Niels Annen, Ingrid Arndt-Brauer, Rainer Arnold, Ernst Bahr, Doris Barnett, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Sören Bartol, Sabine Bätzing, Dirk Becker, Uwe Beckmeyer, Klaus Uwe Benneter, Ute Berg, Dr. Axel Berg, Petra Bierwirth, Lothar Binding, Volker Blumentritt, Kurt Bodewig, Clemens Bollen, Gerd Bollmann, Dr. Gerhard Botz, Klaus Brandner, Willi Brase, Bernhard Brinkmann, Edelgard Bulmahn, Marco Bülow, Ulla Burchardt, Martin Burkert, Dr. Michael Bürsch, Christian Carstensen, Marion Caspers-Merk, Dr. Peter Danckert, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Karl Diller, Martin Dörmann, Dr. Carl-Christian Dressel, Elvira Drobinski-Weiß, Garrelt Duin, Detlef Dzembritzki, Sebastian Edathy, Siegmund Ehrmann, Hans Eichel, Gernot Erler, Petra Ernstberger, Karin Evers-Meyer, Annette Faße, Elke Ferner, Gabriele Fograscher, Rainer Fornahl, Gabriele Frechen, Dagmar Freitag, Peter Friedrich, Sigmar Gabriel, Martin Gerster, Iris Gleicke, Günter Gloser, Renate Gradistanac, Angelika Graf, Dieter Grasedieck, Monika Griefahn, Kerstin Griese, Gabriele Groneberg, Achim Großmann, Wolfgang Grotthaus, Wolfgang Gunkel, Hans-Joachim Hacker, Bettina Hagedorn, Klaus Hagemann, Alfred Hartenbach, Michael Hartmann, Nina Hauer, Hubertus Heil, Reinhold Hemker, Rolf Hempelmann, Dr. Barbara Hendricks, Gustav Herzog,

Abgeordneten – So wurde abgestimmt

tigen Rentenanpassungen. Ab 2012 wird das Renteneintrittsalter schrittweise auf ränkt werden. Die Folgen: Die Älteren müssen länger arbeiten – trotz Massenar- urchhält. Außerdem bekommen die Jungen schwieriger einen Arbeitsplatz. Und wer r Schlag gegen unser solidarisches Rentensystem. Hinter dieser Entscheidung ste- mplette Abstimmungsprotokoll.

Petra Heß, Gabriele Hiller-Ohm, Stephan Hilsberg, Petra Hinz, Gerd Höfer, Iris Hoffmann, Frank Hofmann, Eike Hovermann, Klaas Hübner, Christel Humme, Lothar Ibrügger, Brunhilde Irber, Johannes Jung, Josip Juratovic, Johannes Kahrs, Ulrich Kasparick, Dr. h.c. Susanne Kastner, Ulrich Kelber, Christian Kleiminger, Hans-Ulrich Klose, Astrid Klug, Dr. Bärbel Kofler, Walter Kolbow, Fritz Rudolf Körper, Karin Kortmann, Rolf Kramer, Anette Kramme, Ernst Kranz, Nicolette Kressl, Volker Kröning, Dr. Hans-Ulrich Krüger, Angelika Krüger-Leißner, Jürgen Kucharczyk, Helga Kühn-Mengel, Ute Kumpf, Dr. Uwe Küster, Christine Lambrecht, Christian Lange, Dr. Karl Lauterbach, Waltraud Lehn, Helga Lopez, Gabriele Lösekrug-Möller, Dirk Manzewski, Lothar Mark, Caren Marks, Katja Mast, Hilde Mattheis, Markus Meckel, Petra Merkel, Ulrike Merten, Dr. Matthias Miersch, Ursula Mogg, Marko Mühlstein, Detlef Müller, Michael Müller, Gesine Multhaupt, Franz Müntefering, Dr. Rolf Mützenich, Andrea Nahles, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Heinz Paula, Johannes Pflug, Joachim Poß, Christoph Pries, Dr. Wilhelm Priesmeier, Florian Pronold, Dr. Sascha Raabe, Mechthild Rawert, Steffen Reiche, Maik Reichel, Gerold Reichenbach, Dr. Carola Reimann, Christel Riemann-Hanewinckel, Walter Riester, Sönke Rix, Rene Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Karin Roth, Michael Roth, Ortwin Runde, Marlene Rupprecht, Anton Schaaf, Axel Schäfer, Bernd Scheelen, Dr. Hermann Scheer, Marianne Schieder, Otto Schily, Dr. Frank Schmidt, Ulla Schmidt, Silvia Schmidt, Renate Schmidt, Heinz Schmitt, Carsten Schneider, Olaf Scholz, Ottmar Schreiner, Reinhard Schultz, Swen Schulz, Ewald Schurer, Frank Schwabe, Dr. Angelica Schwall-Düren, Dr. Martin Schwanholz, Rolf Schwanitz, Rita Schwarzelühr-Sutter, Wolfgang Spanier, Dr. Margrit Spielmann, Jörg-Otto Spiller, Dr. Ditmar Staffelt, Andreas Steppuhn, Ludwig Stiegler, Rolf Stöckel, Christoph Strässer, Dr. Peter Struck, Joachim Stünker, Dr. Rainer Tabillion, Jörg Tauss, Jella Teuchner, Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Jörn Thießen, Franz Thönnes, Hans-Jürgen Uhl, Rüdiger Veit, Simone Violka, Jörg Vogelsänger, Dr. Marlies Volkmer, Hedi Wegener, Andreas Weigel, Petra Weis, Gunter Weißgerber, Gert Weisskirchen, Dr. Rainer Wend, Lydia Westrich, Dr. Margrit Wetzel, Andrea Wicklein, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Dieter Wiefelspütz, Engelbert Wistuba, Dr. Wolfgang Wodarg, Waltraud Wollf, Heidi Wright, Uta Zapf, Manfred Zöllmer, Brigitte Zypries. **BÜNDNIS`90/DIE GRÜNEN:** Kerstin Andreae, Marieluise Beck, Volker Beck, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Grietje Bettin, Alexander Bonde, Ekin Deligöz, Dr. Thea Dückert, Dr. Ursula Eid, Hans Josef Fell, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Priska Hinz, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Sylvia Kotting-Uhl, Fritz Kuhn, Renate Künast, Markus Kurth, Undine Kurth, Monika Lazar, Dr. Reinhard Loske, Anna Lührmann, Nicole Maisch, Jerzy Montag, Kerstin Müller, Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Brigitte Pothmer, Claudia Roth, Krista Sager, Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Dr. Gerhard Schick, Rainder Steenblock, Silke Stokar von Neuforn, Hans-Christian Ströbele, Dr. Harald Terpe, Jürgen Trittin, Wolfgang Wieland, Josef Philip Winkler, Margareta Wolf. **DIE LINKE:** Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Dr. Lothar Bisky, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Roland Claus, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Diana Golze, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Cornelia Hirsch, Inge Höger, Dr. Barbara Höll, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Hakki Keskin, Katja Kipping, Monika Knoche, Jan Korte, Katrin Kunert, Oskar Lafontaine, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Dr. Gesine Lötzsch, Ulrich Maurer, Dorothee Menzner, Kornelia Möller, Kersten Naumann, Wolfgang Neskovic, Dr. Norman Paech, Petra Pau, Bodo Ramelow, Elke Reinke, Paul Schäfer, Volker Schneider, Dr. Herbert Schui, Dr. Ilja Seifert, Dr. Petra Sitte, Frank Spieth, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann. **FDP:** Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich, Dr. Edmund Peter Geisen, Dr. Wolfgang Gerhardt, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link, Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff, Martin Zeil. **FRAKTIONSLOSE:** Henry Nitzsche, Gert Winkelmeier.

Köpfe


Foto: Jürgen Seidel

Estella Ramirez (38), entlassene Gewerkschafterin aus El Salvador, und ihre Kolleginnen haben einen Erfolg verbucht. Sie bekommen Unterstützung aus einem Nothilfefonds. Der Adidas-Zulieferer Hermosa hatte die Näherinnen 2005 entlassen, nachdem sie eine Gewerkschaft gegründet hatten. (**metall** 7-8/2006). Seither kämpfen sie um eine Entschädigung. In den Fonds sollen die ehemaligen Auftraggeber von Hermosa wie Adidas, Puma und Nike einzahlen. ◄

Turhan Ersin (37), Metaller und Betriebsratsmitglied bei Opel in Bochum, hat sich vor dem Hammer Landesarbeitsgericht erfolgreich gegen seine Kündigung gewehrt. Opel wollte den Metaller wegen seines Engagements während der Aktionen im Herbst 2004 feuern. Die Hammer Richter wiesen die Vorwürfe zurück. Kritik von Betriebsräten seien durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit gedeckt. ◄


Foto: Michael Latz

Michael Csaszkoczy (35), per Berufsverbot kaltgestellter Realschullehrer, hat einen Erfolg vor dem Mannheimer Verwaltungsgerichtshof errungen. Dem Gewerkschafter war vorgeworfen worden, die Ziele der »Antifaschistischen Initiative Heidelberg« (AIH) zu teilen. Zu Unrecht, urteilten die Verwaltungsrichter. Michael Csaszkoczys »Sündeliste« sei nicht geeignet, seine Verfassungstreue in Frage zu stellen. ◄



Fotos von links im Uhrzeigersinn: Reuters / Arles;Picture-Alliance / EPA; Picture-Alliance / EPA / Skeudener; Reuters / Charisius;Picture-Alliance / EPA / Zapata; Picture-Alliance / Nietfeld

Airbus: Gemeinsam gegen Werkschließungen und Arbeitsplatzabbau

Mit viel Wut im Bauch beteiligten sich Zehntausende von Airbus-Beschäftigten in ganz Europa am großen Aktionstag gegen das radikale Sparprogramm »Power 8«. Allein in Hamburg hörten gut 20 000 Menschen der scharfen Kritik von Jürgen Peters zu. »Der Verkauf von Standorten und der die Ausgliederung von Kernkompetenz wird die Airbus-Krise nicht lösen«, sagte der IG Metall-Vorsitzende. Auch in Toulouse und anderen Standorten ruhte die Arbeit für mehrere Stunden. ◄

Honeywell

Ethik-Richtlinien? Nur mitbestimmt

Viele US-Konzerne schmücken sich mit Regeln für ethisches Verhalten, einem so genannten »Code of Conduct«. Solche Maßgaben unterliegen in Deutschland der Mitbestimmung, stellte jetzt das Landesarbeitsgericht Frankfurt fest.

Der Mischkonzern Honeywell hatte erneut versucht, in die Arbeitsweise der deutschen Werke hinzuregieren. Nachdem 2005 die Berufsausbildung an einigen Standorten eingeschränkt und an anderen eingestellt wurde (**metall** berichtete), ging es jetzt um einen »Code of Conduct«. Seine Einführung brauche nicht die Zustimmung der Arbeitnehmer, befanden die amerikanischen Chefs. Dagegen zogen Betriebsräte – mit Unterstützung der beteiligten Gewerkschaften IG Metall und IG BCE – vor Gericht. In der zweiten Instanz erhielten sie Recht: Der Arbeitgeber könne nicht einzelne Teile aus dem »Code« herauslösen und damit die Mitbestimmung umgehen. Ob die Arbeitgeberseite jetzt noch den Rechtsweg zum Bundesarbeitsgericht gehen will, ist unklar.

Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Frankfurt kann auch für Betriebsräte anderer Unternehmen von Bedeutung sein. Sie könnten nach diesem Urteil versuchen, mit den Arbeitgebern über den Inhalt und die Form eines möglichen »Code of Conduct« zu verhandeln. Denn nicht nur US-Firmen versuchen, mit Ethik-Richtlinien Einfluss auf die Arbeitsbeziehungen zu nehmen, auch immer mehr deutsche Betriebe führen sie ein. ◄

Holz und Kunststoff

Tarif-Start im April

Nach Ostern startet die Tarifrunde für die Beschäftigten der Holz- und Kunststoffindustrie. Die IG Metall fordert auch hier 6,5 Prozent mehr Geld für zwölf Monate. Die Löhne hinken seit Jahren hinter denen anderer Industriebranchen her. Im Vergleich zum Jahr 2000 hat ein Holz-Arbeiter heute im Schnitt nur 115 Euro monatlich mehr in der Tasche, ein durchschnittlicher Industriearbeiter 382 Euro. Die Auftragsbücher der Firmen sind zurzeit gut gefüllt. Wirtschaftsinstitute rechnen dieses Jahr mit rund 2,5 Prozent Wachstum. Die Verhandlungen beginnen am 18. April in Baden-Württemberg. Schon vorher, am 5. April, wird bei den Schreib- und Zeichengeräte-Herstellern in Bayern verhandelt. ◄

Krankenkassen führen Wahltarife ein

»WIR GEBEN WICHTIGE GRUNDSÄTZE AUF«

Die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenkassen können künftig zwischen verschiedenen Tarifen wählen. metall sprach darüber mit Werner Lohre, Sozialrechtler beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt und Mitglied im Verwaltungsrat der Barmer Ersatzkasse,.



Foto: Susanne Ohlschläger

Sozialrechtler Werner Lohre: »Wahltarife schwächen das Solidarprinzip«

metall: Viele Krankenkassen werden Wahltarife anbieten. Was für Angebote sind das?
Lohre: Wirklich neu sind nur die Selbstbehalttarife. Hierbei vereinbaren Kasse und Versicherter eine Art Selbstbeteiligung, also einen bestimmten Betrag, den der Versicherte im Krankheitsfall selbst bezahlt. Von der Kasse erhält er dann im Folgejahr eine Prämie. Sie darf allerdings 20 Prozent des Jahresbeitrags und insgesamt 600 Euro nicht übersteigen.

metall: Komme ich aus diesem Tarif auch wieder heraus?
Lohre: Ja, nach drei Jahren. Dann kann sich der Versicherte wieder neu entscheiden.

metall: Was versprechen sich die Kassen von diesem Tarif?
Lohre: Er ist natürlich in erster Linie ein Angebot an junge, gesunde Menschen mit einem guten Einkommen. Sie will man damit von einem Wechsel in die Private Krankenversicherung abhalten.

metall: Wie beurteilst du die verschiedenen Wahltarife?
Lohre: Unterschiedlich. Angebote für chronisch Kranke sind richtig und wichtig. Diabetiker sind heute zum Teil unterversorgt. Dagegen sind Selbstbehalttarife ein Schritt in Richtung Privatisierung.

metall: Was bedeutet das für unser Gesundheitssystem?
Lohre: Wir geben wichtige Grundsätze auf. Unsere Gesetzliche Krankenversicherung ist keine reine Versicherung, sondern eine Solidargemeinschaft. Selbstbehalttarife orientieren sich dagegen am persönlichen Risiko. Das heißt, das Solidarprinzip zwischen Gesunden und Kranken wird durchbrochen.

metall: Was rätst du Versicherten bezüglich der neuen Tarife?
Lohre: Das muss sich jeder gut überlegen. Letztendlich ist es eine Wette. Ich wette darauf, dass ich dieses Jahr gesund bleibe.

metall: Was tun die Arbeitnehmervertreter in der Selbstverwaltung?
Lohre: Wir müssen diese Tarifoptionen anbieten, ob wir wollen oder nicht. Andere Kassen werden sie anbieten. Diesem Wettbewerb können wir uns nicht entziehen. Aber wir wollen das Risiko für die Versicherten so klein wie möglich halten. Bei der Barmer haben wir erreicht, dass Arztbesuche ohne Verordnung, Vorsorgeuntersuchungen und Leistungen im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft bei einem Selbstbehalttarif unberücksichtigt bleiben. Wir wollen kranke Menschen schließlich nicht von einem Arztbesuch abhalten.◄

Kfz-Handwerk

Arbeitgeber proben den Tarif-Ausstieg

Die Arbeitgeber haben die Tarifverhandlungen für das Kfz-Handwerk in Nordrhein-Westfalen platzen lassen. Sie drohen mit dem Ausstieg aus dem Flächentarif.
Die IG Metall will die Arbeitgeber wieder an den Verhandlungstisch zwingen – notfalls mit einem Arbeitskampf. Am 27. März gab es erste Warnstreiks.

Im Februar hatten die Arbeitgeber noch 1,8 Prozent angeboten, Anfang März dann jegliche Verhandlung verweigert. Anders in Hamburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Rheinhessen: Dort haben sich die Tarifparteien auf 2,5 Prozent Tariferhöhung geeinigt. »Es geht um alles oder nichts«,



Foto: Jürgen Seidel

Die Tarifkommission für das Kfz-Gewerbe tagte in Dortmund: »Solidarität gefragt«

sagt der Verhandlungsführer der IG Metall in NRW, Werner Birkhahn. »Wir wollen einen Tarifvertrag. Jetzt ist Solidarität gefragt.« Die Betriebsräte der Autoindustrie in NRW haben sich schon solidarisch erklärt. Wenn die Kfz-Arbeitgeber nicht wieder verhandeln, wollen sie die Beschäftigten in Vertragswerkstätten und Autohäusern in Tarifauseinandersetzungen unterstützen.◄

Girls' Day

Ein Tag Zukunft

Arzthelferin, Bürokauffrau oder Friseurin stehen bei Schülerinnen ganz oben auf der Berufswunschliste. Um technische Berufe machen viele junge Frauen noch immer einen Bogen. Einen Einblick in typische »Männerberufe« bietet ihnen in diesem Jahr wieder der Girls' Day. Am 26. April können sich Schülerinnen der Klassen 5 bis 10 in der Arbeitswelt von Ingenieurinnen, Mechatronikerinnen und Mechanikerinnen umschauen oder sich mit Frauen in Führungspositionen unterhalten. Auch der IG Metall Vorstand in Frankfurt beteiligt sich am Girls' Day.◄

Großes Stück Kuchen

Foto: Werner Bachmeier



– gern mit Sahne

Es gibt mindestens 6,5 gute Gründe, warum Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Lohn und Gehalt verdient haben. Metallerinnen und Metaller sagen, welche. Fest steht: Die Metall- und Elektroindustrie steht besser da als alle erwartet haben. Jetzt wollen die Beschäftigten ihren Anteil vom Kuchen.

Einen Kuchen, flach wie einen Pfannekuchen, würden die Arbeitgeber den Beschäftigten in dieser Tarifrunde am liebsten vorsetzen. Aber mit viel Sahneschaum obendrauf, der dahinschmilzt, bevor man ihn richtig schmecken kann. Die prozentuale Lohnerhöhung, die von Dauer ist, soll niedrig ausfallen, jedoch mit einer so genannten »Konjunkturzulage« garniert werden. Diese Zulage wäre futsch, sobald der Tarifvertrag endet. Was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlören, haben Tarifexperten der IG Metall nachgerechnet.

In den Beispielen sind sie von einem Arbeiter in der Entgeltgruppe 5 ausgegangen, dessen Tarifentgelt pro Jahr um drei Prozent steigt, davon die Hälfte als Einmalzahlung. Ein Arbeiter in Brandenburg oder Niedersachsen, der im Jahr rund 33 000 Euro verdient, hat nach dem zweiten Jahr schon fast 500 Euro verloren, nach dem dritten Jahr rund 1000 Euro. Nach fünf Jahren hat sich sein Verlust auf 5100 Euro summiert.

Ein Arbeiter in Rheinland-Pfalz mit rund 30 500 Euro Jahreseinkommen hat nach fünf Jahren insgesamt auf über 4700 Euro verzichtet. Einem Arbeiter in Bayern mit einem Jahresverdienst von rund 34 500 Euro fehlen nach fünf Jahren sogar 5400 Euro.

Fazit: Die Beschäftigten haben weniger Geld, müssen aber immer mehr für die Dinge des täglichen Lebens bezahlen, vor allem weil die Energiepreise dramatisch steigen. Höhere Mehrwertsteuer, beschnittene Pendlerpauschale und mehr Ausgaben für Medikamente kommen hinzu. Im Durchschnitt belastet das jeden Bundesbürger mit 285 Euro pro Jahr zusätzlich, hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen errechnet.

Die Metall- und Elektroindustrie kann in dieser Tarifrunde große Kuchenstücke bezahlen. Fachleute rechnen damit, dass die Metallfirmen dieses Jahr fünf Prozent mehr produzieren als 2006. Damit sind sie besser als die Gesamtwirtschaft. Auch besser als die Chemieindustrie, für die gerade ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde – mit 3,6 Prozent Lohnerhöhung plus 70 Euro Pauschale und 0,7 Prozent Einmalzahlung. »Als Sahnehäubchen oben drauf ist eine Einmalzahlung immer drin«, sagt Berthold Huber, der für die Tarifpolitik zuständige Zweite Vorsitzende der IG Metall. »Aber alles andere ist nicht akzeptabel.«

Tarif-Online-Spiel

Mitglieder werben

Zur Tarifrunde 2007 gibt es ein Online-Spiel. Die Idee: tarifCARDS verschicken. Damit werden Freunde oder Kollegen eingeladen, beim tarifNETZ mitzumachen und Mitglied der IG Metall zu werden. Je mehr Leute diese Karten weiterleiten, um so größer wird das tarifNETZ. Jeder kann verfolgen wie sein Netz wächst. Für die fünf besten Mobilisierer gibt es tolle Preise: zum Beispiel vier Nächte an der Nordsee. Der Link zum Spiel: www.igmetall.de ▸tarifcards Mitspielen können nur Mitglieder und die, die von einem Mitglied per tarifCARD eingeladen werden.

»Speziell in unserer Branche sind die Auftragsbücher wirklich randvoll. Der Markt für Nutzfahrzeuge brummt wie lange nicht mehr. Der Grund liegt auf der Hand: In einem erweiterten Europa ist immer mehr Transportbedarf. Lastwagen fahren Güter in die entferntesten Ecken. Der Bedarf an neuen Fahrzeugen ist riesig. Für uns heißt das jede Menge zusätzlicher Stress. Gerade in Boomzeiten wie jetzt wird deutlich mehr Leistung von den Kollegen verlangt. Überstunden und Sonderschichten sind an der Tagesordnung, um die Produktion zu erhöhen. Schon von daher hinkt jeder Vergleich mit der Chemieindustrie oder mit anderen Zweigen der Wirtschaft. Wir haben wirklich eine Sonderkonjunktur. Es wird blendend verdient. Und die Beschäftigten erwarten jetzt nach vielen mageren Jahren ihren Anteil. Die Stimmung im Betrieb ist gereizt.«

Wilfried Schmied (45), Betriebsrat bei Iveco Nutzfahrzeuge in Ulm



Foto: Stefan Sobotta

PLUS IST MUSS

»Auch in Sachsen wird alles teurer, das Benzin, die Lebensmittel, Klamotten, die Eintrittspreise für Kino und Theater. Allein die Citybahn kostet mich über 40 Euro im Monat. Da ist klar, dass das Portmonee am Monatsende leer ist. Auch von daher ist die 6,5 Prozent-Forderung der IG Metall in Ordnung. Ich bin schließlich in einem Alter, in dem man über die Anschaffung eines Autos nachdenkt. Von unseren 21 Auszubildenden im ersten Lehrjahr unterstützen alle die IG Metall-Forderung. Selbst unorganisierte Auszubildende aus anderen Betrieben finden sie gut. Und die Beschäftigten bei Volkswagen in Chemnitz sowieso.«

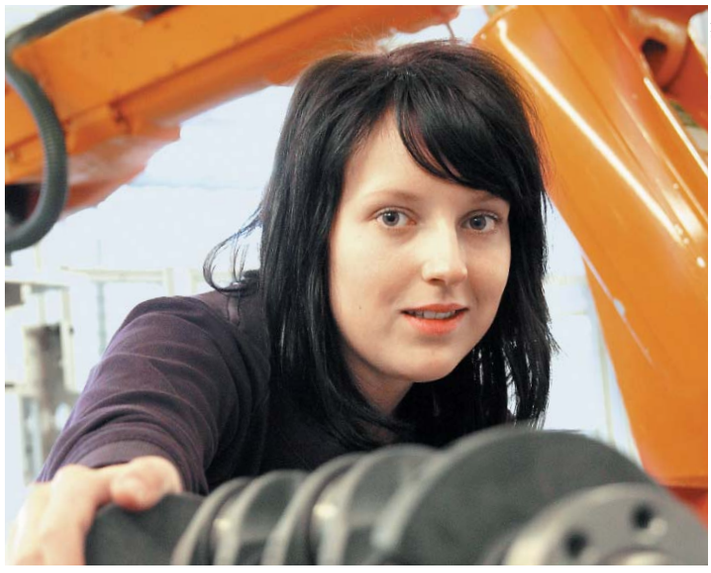


Foto: Marcus Richter

Tina Mann (17), Auszubildende und JAV-Mitglied bei Volkswagen Sachsen in Chemnitz

---

»Gut, dass die Konjunktur angesprungen ist und wieder positive Bewegung in die Wirtschaft kommt. Aber es kann nicht sein, dass der Aufschwung nur auf den Exporterfolgen beruht. Was wir brauchen, ist eine tüchtige Belebung der Inlandsnachfrage. Gerade in kleinen Städten und in ländlichen Gebieten sieht man, was passiert, wenn die Menschen zu wenig Geld haben, um etwas anzuschaffen: Immer mehr kleinere Geschäfte müssen schließen. Ganze Landstriche liegen praktisch brach. Den großen Konzernen, die ihre Gewinne mit Exporten erwirtschaften, macht das nichts aus. Aber viele kleinere Firmen sind auf die Nachfrage aus dem Inland angewiesen. Doch unseren Kollegen fehlt einfach das Geld, um in neue Kleider oder einen neuen Wohnzimmerschrank zu investieren. Viele stöhnen, weil ihr Geld nur knapp für die laufenden Ausgaben reicht. Energiekosten, Lebensmittel, die Kredite für das eigene Häuschen – da bleibt kaum etwas mehr übrig. Die Haushaltskassen sind leer. Höchste Zeit, dass sie wieder gefüllt werden.«



Foto: Becker & Bredel Pressagentur

Oliver Simon (45), Vertrauenskörperleiter bei Bosch in Homburg/Saar

---

»Massive Lohnerhöhungen sind finanzierbar. Bei uns sind die Auftragszahlen in den letzten Jahren kontinuierlich nach oben gegangen. Vor allem bei den Greifern für die Schiffsbeladung und -entladung. Der Boom im Schiffbau soll in den nächsten Jahren anhalten. Der Auslastungsgrad liegt insgesamt bei etwa 110 Prozent. Auch die Gewinnentwicklung ist äußerst positiv. Als Tarifkommissionsmitglied weiß ich, dass sich die Aufträge und Gewinne in den meisten niedersächsischen Unternehmen nach oben entwickeln. Höchstens drei oder vier Betrieben geht es schlecht.«



Foto: Joachim Giesel

Gerhard Emser (58), Betriebsratsvorsitzender bei der SMAG in Salzgitter und Tarifkommissionsmitglied

---

»In den vergangenen Jahren stiegen die Gewinne der Firmen. Und die Gehälter der Manager explodierten. Im Schnitt kassierte ein Vorstandsvorsitzender eines DAX-Unternehmens vor zwei Jahren 3,9 Millionen Euro, also rund 150 Mal soviel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in Deutschland. Die Gerechtigkeit bleibt dabei auf der Strecke. Die Rekordzahlen der Unternehmen werden schließlich von motivierten, engagierten und qualifizierten Belegschaften erarbeitet. Und die wirtschaftlichen Aussichten für das laufende Jahr sind bestens. Jetzt sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dran, ihren verdienten und gerechten Anteil zu bekommen. Die hohen Belastungen, denen die Beschäftigten ausgesetzt sind, müssen entsprechend bezahlt werden. Das geht nur über eine langfristige, tarifwirksame Erhöhung der Entgelte.«



Foto: Gert Krautbauer

Peter Mosch (35), Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Audi in Ingolstadt

»Bei uns läuft das Geschäft schon seit Jahren sehr gut. Selbst die Krisen in der Vergangenheit haben wir bei Hühoco unbeschadet überstanden. Zurzeit sind unsere Auftragsbücher so voll, dass wir zusätzliche Konti-Schichten einlegen müssen. Wir haben ein gutes Management. Wir sind innovativ und unsere Leute leisten gute Arbeit. Wir sind einfach gut. Für uns sind die 6,5 Prozent das unterste Level. Da wir Rücksicht auf die Fläche nehmen und zum Flächentarifvertrag stehen, sind wir natürlich mit der Forderung einverstanden. Aber bei uns könnte es auch mehr sein. Deshalb habe ich keine Angst, dass wir unsere Kollegen nicht mobilisieren können. Es geht schließlich um Geld. Wenn der Tarifstreit eskaliert, werden wir sicher auf die Straße gehen. Größere Sorgen macht mir im Moment die öffentliche Diskussion. Man könnte fast glauben, die Tarifrunde sei schon gelaufen. Da müssen wir aufpassen und mit unseren Kollegen reden. Ich denke nicht, dass die Tarifrunde ein Spaziergang wird.«



Foto: Thomas Imo

Beatrix Gerhardt (48), Betriebsratsvorsitzende bei Hühoco in Wuppertal

»Es wird höchste Zeit, dass die Metallerinnen und Metaller am Gewinn der Betriebe beteiligt werden. Die Profite in der Metall- und Elektroindustrie sprudeln seit Jahren, und die Dividenden der Aktionäre sind explodiert. Wir haben ein Recht auf unseren Anteil am Kuchen. Schließlich sind es die Beschäftigten, die die Gewinne erwirtschaftet haben. Und zwar mit immer höherem Einsatz. Wir sollen immer flexibler reagieren, müssen ständig bereit sein und selbst an Samstagen arbeiten. Jetzt muss ein Schluck aus der Pulle her, und zwar in Prozenten. Angesichts voller Auftragsbücher lassen wir uns auch nicht mit Einmal-Zahlungen ködern. Wir brauchen dauerhafte Erhöhungen. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind bereit, dafür zu kämpfen.«



Foto: Karin Desmarowitz

Hans-Jochen Tombarge (47), Betriebsratsvorsitzender bei Sauer-Danfoss in Neumünster und Mitglied der Tarifkommission Küste

Innovationsstark und wettbewerbsfähig

Es geht wieder aufwärts

Die Textilindustrie ist eine der erfolgreichsten Branchen in Ostdeutschland. Sie glänzt mit Innovationen und hat sich aus der Krise Mitte der 90er Jahre herausgearbeitet. Gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tarifrunde. Fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt sind drin. Denn: Es ist fair, die Beschäftigten jetzt am Wachstum und am Gewinn zu beteiligen.

Beim tarifpolitischen Open-Air in Zwickau: 1500 Beschäftigte der ostdeutschen Textilindustrie machten Mitte März zusammen mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Metall- und Elektroindustrie Dampf. Ihre Forderung: fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt



Foto: Marcus Richter

Ostdeutsche Textilindustrie: Mit hochentwickelten Produkten für den Wettbewerb gewappnet



Foto:Visum / Zeitenspiegel / Lasse

Der US-Konzern Autoliv stellt Sicherheitssysteme für alle bedeutenden Fahrzeughersteller her.

Hightech für Sicherheit im Auto

Autoliv Sicherheitstechnik, Döbeln, über 500 Beschäftigte. Autoliv ist der größte tarifgebundene Betrieb der ostdeutschen Textilindustrie. Der führende Anbieter für Rückhaltesysteme, Gurte und Gurtspanner beliefert BMW, Porsche, Audi und VW.



Foto:obs / Johnson Controls

Der Standort Zwickau gehört zum US-Konzern Johnson Controls und wurde 1991 gegründet.

Autositze für Volkswagen-Modelle

Johnson Controls Objekt, Zwickau, 280 Beschäftigte. Der Automobilzulieferer stellt Sitze her, die an die VW-Werke in Mosel und Dresden ausgeliefert werden. Täglich werden über 1200 Sitze für die Modelle Passat, Golf und Phaeton produziert.



Foto:Jan-Peter Kasper

Die österreichische Getzner Textil AG gehört zu den größten Buntwebern der Welt. Gera in Thüringen ist einer von drei Standorten.

Weben für Luxus-Designer

Getzner Textil Weberei, Gera, 84 Beschäftigte. Das Unternehmen behauptet sich auf dem Markt für Qualitätsstoffe für Hemden und Blusen. Getzner Textil beliefert renommierte Designer und Konfektionäre. Geschäftsführer Ralph Lechner ist Verhandlungsführer der Arbeitgeber in der aktuellen Tarifrunde.

Trotz einer Durststrecke in den 90er Jahren gehören die neuen Bundesländer nach wie vor zu den wichtigsten Textilregionen Europas. Hier werden nicht nur Pullover gestrickt. Die Branche punktet vor allem mit Hightech-Produkten für die Automobilindustrie, Kliniken, das Bauwesen sowie mit Schutz- und Sicherheitstextilien. Bei den so genannten technischen Textilien ist Ostdeutschland führend. Die ostdeutschen Unternehmen erwirtschaften inzwischen 42 Prozent ihres Umsatzes damit. Auf diesem Gebiet entstehen immer mehr Spezialprodukte. Jüngstes Beispiel: Olutex, ein noch junges Unternehmen in der Oberlausitz, ist Marktführer für Textilien, die bei der Innenausstattung von Flugzeugen gebraucht werden.

Ostdeutschland hat kräftig aufgeholt: Der Anteil am gesamten deutschen Textilmarkt hat sich in zehn Jahren annähernd verdoppelt und liegt jetzt bei über elf Prozent. Die Produktivität der Beschäftigten ist in den vergangenen Jahren ebenfalls gestiegen und beträgt jetzt 76 Prozent der westdeutschen Produktivität. Pro Beschäftigten wurden acht Prozent mehr Umsatz erwirtschaftet. Der Gesamtumsatz hat sich um zwei Prozent auf 1,75 Milliarden Euro verbessert. Die Branche profitiert vor allem vom Export. Der Auslandsumsatz ist um fast neun Prozent gestiegen. 17 000 Menschen beschäftigt die Branche, der über 200 meist mittelständische Unternehmen angehören. Traditionelle Zentren sind Sachsen und Thüringen. Kein Wunder, spezialisieren sich immer mehr Unternehmen auf Qualitäts- und Nischenprodukte, mit dem sie auf dem Weltmarkt bestehen können.

Hoher Forschungsbedarf

Dazu brauchen sie qualifizierte und gut ausgebildete Fachkräfte. Inzwischen wird auch gezielt in Wirtschaftsförderung und in die Entstehung von so genannten »Clustern« investiert. Sachsen hat eine Verbundinitiative in diesem Bereich gegründet, die die Zusammenarbeit zwischen Industrie und fünf Forschungsinstituten in Chemnitz, Dresden, Greiz und Rudolstadt unterstützt.

Bestes Beispiel ist das Sächsische Textilforschungsinstitut (STFI) in Chemnitz, das mit der Technischen Universität Chemnitz kooperiert. Im STFI steht die modernste Spinnvliesanlage Europas, an der Neuentwicklungen zur Serienreife gebracht werden. Beispielsweise werden Teile für den Fahrzeuginnenraum und Kofferraumauskleidungen weiterentwickelt. Viele der Projekte führen dazu, dass Patente angemeldet werden.

Gute Marktchancen

»Es gibt ein enormes Potenzial an Know-how und Fachkräften«, sagt Ursula Richter vom Imu-Institut Berlin. Im Auftrag der IG Metall, der Hans-Böckler- und der Otto-Brenner-Stiftung untersucht sie die ostdeutsche Textilindustrie. »Nach der Talsohle hat sie einen Sockel erreicht, auf dem sie gute Chancen hat, in den Märkten zu bleiben«, sagt Richter. Auch wenn manche Teilbranchen schrumpfen sollten, bescheinigt Richter der Branche gute Aussichten. Von Bedeutung sind vor allem textile Automobilzulieferer wie Autoliv, Johnson Controls und Lear, die in internationale Konzerne eingebunden sind.

»Die ostdeutsche Textilindustrie ist innovativ und leistungsfähig«, bestätigt auch Michael Jung, Verhandlungsführer der IG Metall. Die IG Metall fordert in der laufenden Tarifrunde fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt. Rund 40 Prozent der Beschäftigten arbeiten in tarifgebundenen Unternehmen. Die Tarifbindungsquote ist seit 2001 stabil. ◄

Martina Helmerich

Anzeige

Serie

EUROPA

Über Grenzen hinweg mit einer Stimme sprechen



Foto: Image Source

Unternehmer und Manager kennen schon lange keine Grenzen mehr. Sie beherrschen das internationale Parkett. Arbeitnehmern dagegen fällt es nicht leicht, auch über Grenzen hinweg mit einer Stimme zu sprechen. Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) unterstützt sie dabei.

Von Rüsselsheim über Krefeld ins südspanische Cadiz – über 2700 Kilometer und drei Sitzungen in nur 24 Stunden. Der Arbeitstag des EMB-Generalsekretärs Peter Scherrer hat es in sich.

In Krefeld trifft sich Scherrer mit Arbeitnehmervertretern von Thyssen-Krupp. Der Konzern will einen Betrieb in Madrid schließen. Früh am nächsten Morgen geht es weiter nach Cadiz. Ein anderer Ort – das gleiche Thema, diesmal beim amerikanischen Autozulieferer Delphi. Der EMB-Generalsekretär muss vor Ort Gesicht zeigen. »Visibility« nennt es Europa-Mann Scherrer.

Der EMB koordiniert die Tarifpolitik in Europa, vertritt die Arbeitnehmerinteressen auf der politischen Ebene und setzt sich für ein soziales Europa ein. Die meiste Zeit investiert der EMB inzwischen allerdings in die Betriebspolitik. Die Liste der Namen ist lang: Alcatel, Siemens-Nokia, VW, Airbus oder General Motors Europe – die multinationalen Konzerne stellen sich ständig neu auf, streichen Arbeitsplätze, schließen oder verkaufen Werke. Überall in Europa hängen Existenzen am seidenen Faden der Unternehmensentscheidungen.

Natürlich denkt jeder erst einmal an seinen eigenen Standort. Das findet Scherrer völlig legitim. Arbeitgeber nutzen diese Ängste, um Standorte gegeneinander auszuspielen. Die Antwort des EMB heißt: internationale Solidarität. Dazu bringt der EMB die Arbeitnehmervertreter der verschiedenen Standorte an einen Tisch – wie zuletzt bei Airbus.

Als der Flugzeugbauer ankündigte, mehrere 1000 Stellen in Europa zu streichen, antwortete auf Arbeitnehmerseite ein vielstimmiger Chor. Dabei gab es einige Misstöne.

Vertrauen ist das A und O

Der EMB brachte die Vertreter des Eurobetriebsrats und die Gewerkschaften an einen runden Tisch und glättete die Wogen. Sie einigten sich auf gemeinsame Forderungen: kein Stellenabbau, keine Werksschließungen und -verkäufe. Und sie organisierten einen Aktionstag, an dem sich Mitte März mehrere 10 000 Airbus-Beschäftigte in vier Ländern Europas beteiligten.

»Auch wenn es banal klingt«, sagt Scherrer, »das wichtigste sind Informationen.« Nur wenn Beschäftigte wissen, was ihre Kollegen tun, können sie sich vertrauen. Und ohne Vertrauen gibt es keine Solidarität. ◄

Fabienne Melzer

Eine europäische Stimme für 6,5 Millionen

Seit 1971 vertritt der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) die Interessen der europäischen Metallarbeiter. Er repräsentiert 72 Metall-Gewerkschaften in 33 Ländern mit 6,5 Millionen Mitgliedern. Ziel des EMB ist es, Europas soziale Dimension zu stärken. Zu den Arbeitsbereichen des EMB gehören Industrie, Unternehmens- und Tarifpolitik sowie der Sozialdialog mit Arbeitgeber- und Industrieverbänden auf europäischer Ebene. Mehr über die Arbeit des EMB, seine Positionen und Aktionen gibt im Internet unter www.emf-fem.org.

► Die Serie **»Europa«** stellt in den kommenden Monaten wichtige Themen und Entwicklungen in der EU vor.



Gemeinsame Interessenvertretung im Betrieb? Engagement in einer Gewerkschaft? Für viele Angestellte sind solche Fragen kein Thema. So war es lange Zeit auch beim niedersächsischen Büromöbelhersteller Haworth. Bis die Krise kam und der Betriebsrat auf die Angestellten zuging. Das neue Engagement fiel auf fruchtbaren Boden. Seither arbeiten auch die Angestellten im Betriebsrat mit und ihr Organisationsgrad stieg sprunghaft an.



Foto: Joachim Giesel

Betriebsratsvorsitzender Gerd Ahrens (rechts) warb erfolgreich um Angestellte wie Imre Morva (links): »Ich muss Farbe bekennen«

Angestellte beim Büromöbelhersteller Haworth

In der Krise zur Gewerkschaft

Mit einem dumpfen Knall fällt die Tür hinter Gerd Ahrens ins Schloss und schneidet den Lärm der Werkshallen abrupt ab. Das monotone Wummern der Maschinen und das Kreischen der Sägen verstummt. Im blauen Treppenhaus des Verwaltungsgebäudes wird die Produktion ausgeblendet, obwohl sie nur einen Steinwurf weit entfernt ist.

Produktion und Verwaltung, Arbeiter und Angestellte – ein Betrieb, zwei Welten. Das galt lange Zeit auch beim Büromöbelhersteller Haworth im niedersächsischen Bad Münder. Im Betriebsrat blieben die Beschäftigten aus der Produktion meist unter sich. Wenn der Betriebsratsvorsitzende Gerd Ahrens nicht das ein oder andere aufschnappte, kamen die Probleme der Angestellten bei Sitzungen nicht vor. Den meisten fehlte auch nichts. Von Verwaltungsangestellten hörte Ahrens oft: »Ich kann meine Sachen ganz gut alleine regeln.« So hermetisch das Bürogebäude den Produktionslärm ausschloss, so wenig drang von dort herüber ins Betriebsratsbüro über den Werkshallen.

Diese Zeiten sind in Bad Münder längst vorbei. Seit der letzten Wahl sind fünf der neun Betriebsräte Angestellte. Auch ihre Zurückhaltung gegenüber der Gewerkschaft legten viele ab. Inzwischen gehören in dem niedersächsischen Betrieb 37 Prozent der Angestellten der IG Metall an. Vor zwei Jahren waren es gerade mal 18 Prozent.

Es waren wirtschaftliche Probleme, die den Angestellten bei Haworth eine Brücke zur Gewerkschaft schlugen. In den vergangenen zwölf Jahren schlitterte der Möbelhersteller von einer Krise in die nächste, und der Betriebsrat kämpfte sich von einem Interessensausgleich zum nächsten. Vor zwei Jahren traf es schließlich die Verwaltung. Ahrens erklärte den Verwaltungsangestellten, welche rechtlichen Möglichkeiten der Betriebsrat hat. Das Thema Gewerkschaft fiel nur am Rande.

Die Probleme ähneln sich

»Viele Betriebsräte machen einen Fehler«, sagt Ahrens. Sie unternehmen nur einen Versuch und sprechen Angestellte auf die gleiche Weise wie die Kollegen in der Produktion an. Das passt aber nicht zusammen. Das Motto »Wir sind doch alle in der Gewerkschaft« funktioniert bei Angestellten nicht. Ahrens war von Anfang an klar, dass er einen längeren Atem brauchte. Er brachte Angestellte aus verschiedenen Bereichen zu Gesprächen zusammen. »Viele glaubten ja, sie seien am schlimmsten dran von allen.« Doch sie merkten schnell: Die Probleme ähneln sich – überall. Warum sie nicht gemeinsam lösen? Der Schritt in die Gewerkschaft war ab dann für viele nicht mehr allzu weit. So auch für Imre Morva. Der gebürtige Ungar arbeitet im Musterbau. Gegenüber Gewerkschaften hatte er lange Zeit Vorbehalte. »Ich habe immer geglaubt, dass ich vieles individuell besser lösen kann.« Erst die Krise ließ ihn umdenken. Heute ist er nicht nur Mitglied der IG Metall, sondern auch Betriebsrat. Als er sah, wie schlecht es manchem Kollegen erging, wusste Morva: »Ich kann mich nicht wegducken, ich muss Farbe bekennen.«

Mit seiner Arbeit überzeugte Betriebsrat Ahrens auch Jens Anhalt. Der 31-Jährige arbeitet als Systemadministrator. Als er von einer befristeten auf eine feste Stelle wechselte, erkämpfte der Betriebsrat für ihn eine bessere Gehaltsgruppe. Für Anhalt war die Sache damit klar. »Ich werde nach Tarif bezahlt, also bin ich in die Gewerkschaft gegangen.«

Bei allem Erfolg weiß Ahrens auch: Ein Selbstläufer wird so etwas nie. Deshalb will er demnächst Angestellte und Produktionsbeschäftigte zu einem Gespräch zusammenbringen. Ahrens ist sich sicher, dass sie viele gemeinsame Probleme entdecken werden. ◄

Fabienne Melzer

Reformpläne für die gesetzliche Unfallversicherung

Nach dem Unfall betteln gehen?

Mit der Reform der Unfallversicherung will die Bundesregierung Arbeitgebern ein Milliardengeschenk servieren. Unfallopfern und Berufskranken soll dafür tief in die Tasche gegriffen werden.

Liesel Achtermeyer, Leiterin der Referats »Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz« der Hansestadt Hamburg, hat seit Ende Februar ein Problem. Damals haben Mitglieder des IG Metall-Arbeitskreises »Argus« (Hamburg) nämlich entdeckt, dass die Abteilungsleiterin an der Reform der gesetzlichen Unfall-Versicherung mitstrickt. Was die zuständige Bund-Länder-Kommission bisher ausgebrütet hat, könnte Beschäftigte künftig viel Geld kosten, erkannten die Metaller. Deshalb schrieben sie Liesel Achtermeyer einen gepfefferten Brief. »Unsere Befürchtung ist, dass diese Reform auf ein reines Einspargesetz hinausläuft«, teilten sie ihr mit, »es soll mal wieder Geld auf Kosten von Betroffenen gespart werden.« Das Gesetz dürfe »so nicht umgesetzt« werden.

Tatsächlich hat die Bund-Länder-Kommission ein Papier vorgelegt, das erhebliche Einschnitte für erkrankte oder verletzte Arbeitnehmer vorsieht. Was vordergründig als »zielgenaues« Konzept angepriesen wird, läuft in Wirklichkeit auf einen Raubzug gegen verletzte und erkrankte Beschäftigte hinaus. Heinz Fritsche vom Ressort Arbeits- und Gesundheitsschutz beim IG Metall-Vorstand: »Neun von zehn Betroffenen würden mit der Regelung schlechter fahren.« So sollen auf Vorschlag der Bund-Länder-Kommission ▶ Gesundheitsschäden grundsätzlich nur noch ab einer MdE (Minderung der Erwerbs-



Karikatur: Klaus Espermüller

fähigkeit) von 30 Prozent beglichen werden. Bisher liegt die Messlatte für eine Unfall- oder Erwerbsunfähigkeitsrente bei 20 Prozent. Die wird etwa beim Verlust eines Daumens oder einer leichten Hirnschädigung gezahlt.

►Gesundheitsschäden sollen grundsätzlich pauschal ausgeglichen werden. Nur für Schwerverletzte, ab einer MdE von 50 Prozent, soll eine Unfallrente gezahlt werden. Das sind nur zehn Prozent aller Fälle. Die Beträge liegen zwischen 175 und 924 Euro. Die Unfallrente soll auslaufen, sobald Altersrente gezahlt wird.

►Einbußen beim Entgelt sollen infolge einer Berufskrankheit oder eines Unfalls erst ausgeglichen werden, wenn sie über zehn Prozent liegen. Ersetzt werden sollen nur 60 Prozent des Brutto-Einkommens-Verlustes.

Unfallrenten wegdefiniert

Allein über die 30-Prozent-Regelung würden über die Hälfte aller auflaufenden Unfallrenten weggekürzt (siehe Grafik). »Nahezu alle schweren Hautkrankheiten würden nicht mehr entschädigt werden«, klagt Fritsche an. Gerade solche Erkrankungen haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Allein 2005 gingen bei den Berufsgenossenschaften über 15 000 Verdachtsanzeigen ein, 836 wurden anerkannt.

Beschäftigte, die aufgrund des Produktionslärms schwerhörig geworden sind, würden ebenfalls leer ausgehen. Im Jahre 2005 wurden immerhin 5478 solcher Fälle registriert. Solche Beschäftigte erhalten heute in der Regel eine 20 Prozent MdE und rund 4000 Euro Rente jährlich, nicht gerade die Welt. Die Bund-Länder-Kommission hält selbst diese Mini-Rente für unangemessen und will sie künftigen Opfern vorenthalten.

Die vorgesehenen pauschalen Abfindungen, die sämtliche sozialen Nachteile für den Rest des Lebens ausgleichen sollen, träfen Berufskranke oder Unfallopfer zusätzlich. Nicht nur, dass die Pauschalen zu niedrig sind (12 000 Euro bei einer MdE von 30 Prozent, etwa für eine chronische Hepatitis für einen Verletzten unter 25 Jahren; 6000 für einen Verletzten über 60), blieben mögliche Folgeschäden grundsätzlich außen vor. Dabei treten die nicht gerade selten auf – beispielsweise nach einem Bruch des Fersenbeins. Fritsche: »Wer dann nicht mehr kann, würde in der Hartz-IV-Mühle landen.« Oder müsste betteln gehen – aufgrund einer Verletzung, die der Arbeitgeber zu verantworten hat.

»Reform« gegen Beschäftigte

Erst ab einer MdE von 50 Prozent will auch die Bund-Länder-Kommission Unfallrenten zugestehen. Allerdings oft schmalere als bisher. Die IG Metall hat ausgerechnet, was die »Reform« einzelne Beschäftigte kosten würde. Wer 60 ist, jährlich 36 000 Euro verdient und infolge einer Lärmschwerhörigkeit (20 Prozent MdE) zehn Prozent weniger verdient, würde bis zum 80. Lebensjahr insgesamt 96 000 Euro verlieren. Ein 24-Jähriger, der wegen einer Hautkrankheit (30 Prozent MdE, 36 000 Euro Jahresverdienst) zehn Prozent weniger verdient, würde sogar 391 200 Euro Unfallrente weniger erhalten. Erst bei einem 50-prozentigen Einkommensverlust hätte er bis zum 80. Lebensjahr rund 51 000 Euro mehr.

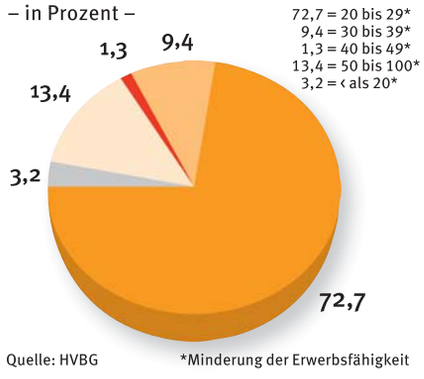
Unterm Strich – das belegt eine Hochrechnung der IG Metall – würden die Berufsgenossenschaften auf diese Weise jährlich über drei Milliarden Euro sparen. Alles Gelder, die bisher als kleine Renten Unfallopfer entschädigten.

»Die Berufsgenossenschaft ist immer noch eine Haftpflichtversicherung der Arbeitgeber«, mahnt auch Klaus Otte, Metaller und alternierender Vorsitzender der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft Feinmechanik und Elektrotechnik. Und die stehe »seit Bismarck für die Unfallschäden in der Pflicht«.

Ohnehin haben sich die Prämien für die gesetzliche Unfallversicherung seit dem Jahr 2003 erheblich reduziert. Mit zusätzlicher Prävention könnten die Arbeitgeber noch mehr sparen. Otte: »Würden alle Gesetze zum Schutze der Arbeitnehmer umgesetzt, gäbe es weniger Unfälle und Erkrankungen. Das würde den Betrieben mehr bringen, als jetzt bei den Opfern geholt werden soll.«◄

Fritz Arndt

Renten und MdE* 2005



Die meisten Renten liegen auf dem Niveau von unter 30 Prozent MdE – und sollen weg.

»Vorsorge wird verhindert«



Foto: Markus Kirchgeßner

Wolfgang Rhode ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall

metall: Sollen Berufskranke künftig wieder betteln gehen?

Rhode: Sicher ist: Der Versicherungsschutz bei Verletzungen und Schädigungen soll schlechter werden. Selbst schwere Verletzungen sollen nicht mehr entschädigt werden.

metall: Damit die Arbeitgeber Versicherungsbeiträge sparen?

Rhode: Die Begründungen für die geplanten Veränderungen sind mehr als dürftig. Zielgenauer soll angeblich das neue Recht werden. Ich sehe hingegen überwiegend nur Nachteile für Versicherte und damit Geschenke an die Unternehmen.

metall: Dämpft das nicht deren Anstrengungen für mehr Prävention?

Rhode: Das ist ein zentrales Problem dieser Reform. Würden beispielsweise Hauterkrankungen kaum noch Zahlungen der Berufsgenossenschaft auslösen, würde auch der finanzielle Anreiz entfallen.

metall: Zahlt sich Prävention auch für die Betriebe aus?

Rhode: Ja, in barer Münze. Denn weniger Arbeitsunfälle oder Berufserkrankungen bedeuten auch weniger Rentenzahlungen.

metall: Lässt sich das belegen?

Rhode: Allein die Hauterkrankungen kosten vier Milliarden Euro jährlich, da ist der Produktionsausfall nicht mitgerechnet. Auch wenn sich nicht jede Erkrankung vermeiden lässt, zeigt die Zahl, dass das Potenzial gewaltig ist.

metall: Vorsorge kostet aber auch...

Rhode: Es lohnt sich trotzdem. Bei der letzten Aktion der Berufsgenossenschaften »Sicherer Auftritt« wurden mit kleinem Aufwand 26 Prozent aller Sturzunfälle verhindert und 56 Millionen Euro eingespart. Statt die Leistungen der Opfer zu kürzen, sollten besser Unfälle vermieden werden – auch im Interesse der Betriebe. Nur Prävention lohnt.◄



Foto: Manfred Vollmer

Anja L. und Gaby B. beim BenQ-Frühstückstreff der IG Metall: Nicht nur der Verlust der Arbeit schmerzt, auch der tägliche Kontakt mit den Kollegen fehlt



Nach dem Ende von BenQ

Zwischen Hoffen und Bangen

Betrieb geschlossen, Arbeit weg – was bleibt? Für viele Arbeitnehmer ist die Transfer- oder Beschäftigungsgesellschaft der Übergang in eine – oft ungewisse – Zukunft. So auch bei BenQ.

Der Handy-Hersteller hatte in Deutschland nur eine kurze Geschichte. 2005 kaufte er die Siemens-Fabrik, 2006 war er pleite. Allein am Standort Kamp-Lintfort hieß das für rund 1800 Menschen: aus der Traum vom sicheren Arbeitsplatz. Gemeinsam mit der IG Metall kämpften sie um die Arbeitsplätze – am Ende vergebens. Aber eine Transfergesellschaft konnten sie erstreiten. 1548 entschlossen sich, ihr Glück hier, in der PEAG, zu suchen. Personalentwicklung- und Arbeitsmarktagentur heißt das – womit auch das Programm umschrieben ist.

Der 19. Oktober letzten Jahres war ein düsterer Tag für Gaby B. Da sagte man ihr, es sei keine Arbeit mehr da für sie. Nach 31 Jahren, die sie bei Siemens gelötet hatte, konnte sie gehen. Wie Hunderte ihrer Kollegen, die meisten mit mehreren Siemens-Jahrzehnten und dem letzten BenQ-Jahr auf dem Buckel. Jetzt haben sie sich zum BenQ-Frühstückstreffen versammelt, zu dem die IG Metall monatlich in die Stadthalle von Kamp-Lintfort einlädt. Die IG Metall ist noch für sie da. Ein Stück Geborgenheit in diesen Tagen, in denen so vieles ins Wanken geraten ist.

Fast 300 sind gekommen, sitzen an langen Tischen bei belegten Brötchen, Kaffee, Saft und zügig voll gerauchten Aschenbechern. »Die Kollegen fehlen einem«, sagt Gaby B. Das ist fast genauso schlimm, wie keine Arbeit mehr zu haben. Und nur mäßige Aussicht auf eine neue Stelle. Gaby möchte was mit Gartenarbeit machen, das würde ihr liegen. Aber ob es dazu kommt? Umschulungen in einen ganz anderen Beruf zahlt die PEAG nämlich nicht, sondern »Maßnahmen«, die auf vorhandenen Qualifikationen aufbauen.

Für jeden Beschäftigten, der in die PEAG gegangen ist, wurde eine Summe von 1280 Euro (im Durchschnitt aller Betroffenen) für Qualifizierung vereinbart – neben dem gesicherten Monatsentgelt für ein Jahr. Es beträgt – inklusive der erstrittenen Aufstockung durch Siemens – 84 Prozent des letzten Bruttolohns. Wer bis Mitte Juli einen Job findet und aus der PEAG ausscheidet, bekommt eine Starthilfe, gern auch »Turbo-Prämie« genannt, von 24000 Euro. Klingt viel – aber



Foto: ddp / Gottschalk

Nach dem Ende der Handy-Produktion herrscht Leere in den früheren BenQ-Werkshallen: Kein Investor mochte hier einen neuen Anfang wagen.

wo gibt es schon so schnell eine Stelle? In Kamp-Lintfort? Wo die Zeche der größte Arbeitgeber ist und deren Tage längst gezählt sind? Bisher haben nur wenige frühere BenQ-Beschäftigte Glück gehabt.

Die PEAG-Berater bemühen sich in erster Linie um neue Arbeitsplätze. Zusammen mit der Agentur für Arbeit analysieren sie die beruflichen Profile der Beschäftigten und suchen eine Arbeit, die zu ihnen passen könnte. Erst wenn nichts klappt, wird eine Weiterbildung ins Auge gefasst. Auch wer eigene Ideen hat und sich für einen Sprachkurs oder eine EDV-Schulung interessiert, braucht zunächst die Zustimmung des Beraters. Der prüft und rechnet. Wenn das Okay kommt, muss ein Bildungsträger gesucht werden, dann ein Kurs, dann kann es losgehen. So schnell, wie Anja L., früher Produktionshelferin, gehofft hatte, funktioniert es nicht. Viel Papierkram, viel Wartezeit.

Manche im Saal fürchten, die Zeit laufe ihnen davon. Schon sind zwei Monate in der Transfergesellschaft vorbei, und es hat sich noch wenig Konkretes getan. Nicht jeder hat schon ein Beratungsgespräch gehabt. Andere klagen, dass die Berater zu dritt in engen Büros sitzen und wenig Raum für ein intensiveres, persönliches Gespräch ist. »Eine Zumutung«, ruft einer von hinten.

Der Übergang der 1548 BenQ-Beschäftigten in die PEAG war keine Liebesheirat. Der Scheidungstermin ist schon anberaumt: Ende 2007. In der Zwischenzeit muss man das Zusammenleben gedeihlich gestalten. Nach dem »Profiling«, dem Erfassen der Fähigkeiten und Stärken der einzelnen Arbeitnehmer, gab es für alle ein Bewerbungstraining. Dann wieder eine Pause bis zum nächsten Termin. Gemeinsame Kurse stehen nicht mehr auf dem Programm. Die Kommunikation zwischen der PEAG und den Beschäftigten könnte besser klappen. Nicht alle sind per E-Mail zu erreichen. Manche hochfliegenden Pläne – Kann ich den Meister machen? Kriege ich einen Kurs bei SAP? – müssen begraben werden.

Aber gab es eine Alternative zur Transfergesellschaft? Kaum. Alle im Saal wissen das. Es kann ja noch viel passieren – auch mal was Gutes. Gaby B. will sich ihre positive Haltung nicht vermiesen lassen: »Es wird sich schon was finden.«◄

Gabriele Prein

Was ist das eigentlich – eine Transfergesellschaft?

► **Wenn ein Betrieb schließt und den Arbeitnehmern kündigt,** einigen sich Betriebsrat, Gewerkschaft und Unternehmen oft auf eine Beschäftigungs- oder Transfergesellschaft. Grundlage dafür sind die Vereinbarungen aus dem Interessensausgleich und dem Sozialplan oder einem Sozialtarifvertrag. Die Beschäftigungsgesellschaft wird entweder von dem entlassenden Unternehmen neu gegründet, oder ein bereits bestehender Anbieter übernimmt die Aufgabe.

► **Transfergesellschaften sollen den Entlassenen den Weg in eine neue berufliche Zukunft erleichtern.** Sie sind selbst keine produzierenden Betriebe. Sie nehmen die betroffenen Arbeitnehmer in ein befristetes Arbeitsverhältnis, beraten sie, informieren über offene Stellen und versuchen, in neue Arbeitsplätze zu vermitteln. Sie organisieren berufliche Weiterbildung und beraten bei Existenzgründung. Arbeitnehmer in einer Transfergesellschaft haben gegenüber der Bundesagentur für Arbeit Anspruch auf Transferkurzarbeitergeld nach Paragraf 216 b des SGB III. Es wird von dem Unternehmen, das entlässt, in der Regel auf rund 85 Prozent des letzten Netto aufgestockt. Vorteil für die Beschäftigten: Sie sind weiterhin in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis. Der erworbene Anspruch auf Arbeitslosengeld bleibt bestehen.

► **Die IG Metall sieht in gut aufgestellten Beschäftigungsgesellschaften** ein wichtiges Instrument, um den Entlassenen zu mehr Qualifikation und besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verhelfen. Ein Kriterium für die Qualität ist, dass IG Metall und Betriebsrat eingebunden sind und die Betroffenen kompetent betreut werden. Im Normalfall sollten keine Finanzmittel aus dem Sozialplan in die Transfergesellschaft fließen. Außerdem sollte der (frühere) Arbeitgeber zusätzlich Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik finanzieren – etwa weitere Qualifizierung oder Hilfe zur beruflichen Neuorientierung. Auf dem Markt konkurrieren eine Reihe von Beschäftigungsgesellschaften, darunter einige, die der IG Metall nahe stehen – wie etwa Mypegasus (Sitz: Reutlingen).◄



Verdacht auf Schmiergeldzahlungen bei der AUB

Gepäppelt ohne Ende

Arbeitnehmerverbände wie die angeblich unabhängige Betriebsratsorganisation »AUB« oder die »christlichen« Gewerkschaften führen eher ein Schattendasein. Beide Verbände sind Randgruppen in den Betrieben. Und beide sind willfährige Handlanger von Arbeitgeberinteressen. Jetzt ist vor allem die AUB ins Rampenlicht geraten: Ermittlungen gegen ihren Vorsitzenden Wilhelm Schelsky erschüttern die AUB. Endlich wird das enge Beziehungsgeflecht zwischen Siemens und der AUB durchleuchtet.

Eine Villa an der Ostsee, Golf, Yacht und Segelboot – bis vor kurzem pflegte Wilhelm Schelsky einen aufwändigen Lebenstil. Bei seinem früheren Arbeitgeber Siemens war Schelsky als Berater dick im Geschäft. Dann geriet der Vorsitzende der so genannten »Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger« (AUB) in das Fadenkreuz der Ermittler. Schelsky sitzt seit Mitte Februar wegen Beihilfe zur Untreue und Steuerhinterziehung in Nürnberg in Untersuchungshaft. Geklärt werden soll, wofür er über 14 Millionen Euro von Siemens kassiert hat. Denn eine angemessene Gegenleistung gab es wohl nicht.

Der Verdacht der Ermittler geht im Kern um die Frage: Hat Siemens die Betriebsräte der AUB geschmiert, um sie auf einen unternehmensfreundlichen Kurs zu trimmen? Für Mitgliederwerbung und Betriebsrats-Wahlkämpfe sollen über Schelsky Millionen an die AUB geflossen sein. Die Ermittler gehen davon aus, dass zwischen 2002 und

2004 mehr als 2,5 Millionen Euro an diese Organisation gingen. Das ist strafbar und ein Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Wolfgang Niclas, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Erlangen, wirft Siemens vor, in Betriebsratswahlen eingegriffen und Betriebsräte der AUB gezielt bevorzugt zu haben. »Das ist massiv erfolgt.« Die AUB stellt im Siemens-Konzern nur neun Prozent der Betriebsräte und einen Vertreter im Aufsichtsrat. In den meisten Betriebsräten und dem Gesamtbetriebsrat spielt sie eine unbedeutende Rolle. Drei von vier Betriebsräten bei Siemens stellt hingegen die IG Metall.

Die IG Metall bezweifelte schon immer, dass die AUB Arbeitnehmerinteressen vertritt, und wunderte sich, wie viel Geld und Werbemittel die AUB für ihre Wahlkämpfe aufbringen konnte. Für Dieter Scheitor, der bei der IG Metall den Siemens-Konzern betreut, ist klar: »Die AUB ist keine unabhängige Organisation, sondern ein unternehmerfreundlicher Verein. Die wurden von Siemens gepäppelt ohne Ende.«

Weil die Staatsanwaltschaft die Konten Schelskys gesperrt hat, ist die Organisation jetzt in eine finanzielle Krise geraten, die zeigt, wie sehr die AUB vom Geld ihres Dauervorsitzenden unmittelbar abhängig ist. Schelsky betrieb ein Geflecht von verschiedenen Firmen, darunter eine Unternehmensberatung. Die Steuerfahnder vermuten, dass jeder vierte Beschäftigte in erster Linie AUB-Mitarbeiter ist. Die AUB hat nach Erkenntnissen der Ermittler von Schelskys Millionen Mieten, Fahrzeuge, EDV-Anlagen und Werbung bezahlt. Bei der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth wurde die Steuerkommission »Amigo« gebildet, um die Beziehungen zwischen Siemens, Schelsky und der AUB zu durchleuchten. Man darf gespannt sein, was dabei noch alles ans Licht kommt.

Restgrößen ohne Macht

AUB

▸ Die zweifelhafte Betriebsratsorganisation wurde 1986 gegründet. Seitdem ist Wilhelm Schelsky ihr Dauervorsitzender. Die AUB hat nach eigenen Angaben über 30 000 Mitglieder. Bei den vergangenen Betriebsratswahlen bekam sie lediglich knapp fünf Prozent. Die AUB ist keine Gewerkschaft und hat auch nirgends Tarifverträge abgeschlossen. Neben Siemens ist sie mit wenigen Mandaten bei Daimler-Chrysler, Opel und dem Antennenhersteller Kathrein vertreten.

CGM

▸ Die »christlichen« Gewerkschaften, darunter auch die CGM, blicken auf eine mehr als 100jährige Geschichte zurück. Ihre Wurzeln liegen in der katholischen Soziallehre. Heute stellen sie in einer Handvoll Unternehmen Betriebsräte, vor allem in Bayern, Baden-Württemberg und im Saarland (dessen CDU-Ministerpräsident Peter Müller der CGM besonders nahe steht, ebenso sein thüringischer Kollege Dieter Althaus). Die CGM versucht, mit niedrigen Beiträgen zu werben. Sitz der Organisation ist Stuttgart.

Einem anderen arbeitgebernahen Arbeitnehmerverband, der CGM, der »Christlichen Gewerkschaft Metall«, kann man finanziell unsaubere Machenschaften kaum vorhalten. Aber die Interessen der Beschäftigten vertritt sie so wenig wie die AUB. Die »Christen« beanspruchen, tariffähig und damit eine Gewerkschaft zu sein und haben diesen Status 2006 auch vom Bundesarbeitsgericht bestätigt bekommen. Aber aus Sicht der IG Metall bleibt die CGM, was sie immer war: eine ohnmächtige Organisation. Denn ihnen fehlt das wichtigste Merkmal einer Gewerkschaft: Mitglieder, die für ihre Forderungen einstehen und einen Arbeitskampf führen können.

Nur als Randgruppe vertreten

Die CGM behauptet, knapp 98 000 Mitglieder zu haben. Wenn sie diese Zahlen belegen soll, weigert sie sich allerdings. Auch in den Betriebsräten ist die CGM nur als Randgruppe vertreten. Bei den Betriebsratswahlen im vergangenen Jahr kam sie – wie 2002 – auf knapp vier Prozent oder rund 260 Mandate. Dagegen haben mehr als 53 000 Betriebsräte das Mitgliedsbuch der IG Metall. Wie kommt es, dass die CGM trotzdem Tarifverträge abschließt? Etwa in Ostdeutschland oder in verschiedenen Handwerksbranchen?

Die Antwort ist einfach: Die »Christen« beugen sich in allen Belangen stets den Forderungen der Arbeitgeber. Was die Chefs auch wollen, sie bekommen es – von längeren Arbeitszeiten, der Streichung von Weihnachts- oder Urlaubsgeld bis zur abgesenkten Bezahlung. So hat sich die CGM zum »Liebling der Arbeitgeber« gemausert.

Mit ihren Billig-Tarifen betreibt die CGM Lohndumping zum Nachteil aller Beschäftigten. Denn nur zu gern berufen sich Unternehmer auf die »Christen« und versuchen, schlechtere Arbeitsbedingungen durchzuboxen, wenn keine Gegenwehr kommt. Nur entschlossene IG Metall-Mitglieder können sich gegen die Abwärts-Strategie stemmen. Und klar: je mehr Metallerinnen und Metaller, desto größer die Aussichten auf Erfolg. ◂

Martina Helmerich/Gabriele Prein



Reinhardt Schiller, seit 1999 an der Spitze der »Christlichen Gewerkschaft Metall«: Tarifverträge zu Dumping-Konditionen sind die Spezialität seiner Organisation

Foto: Jörg Fiedler

Neue Gesetze der Regierung sind **unverschämt**



Foto: picture-alliance / dpa / Murat

Proteste gegen die Rente mit 67: »Wo soll das noch hinführen?«

metall 3/2007: Rente mit 67: Der Protest geht weiter

▶ Unsere Regierung sollte doch das Sprachrohr des Volkes sein. Doch was sie an neuen Gesetzen (Rente mit 67, Mindestlöhne und anderes) beschließt, ist unverschämt. Hört sie denn nicht, was unser Volk braucht? Anstatt ältere Menschen früher in den wohlverdienten Ruhestand zu schicken und dafür Sorge zu tragen, dass junge Leute nachrücken können, handelt sie absolut fahrlässig und verantwortungslos. Wo soll das noch hinführen?

Stefan Lonzen, Eschweiler

Willfährige Handlanger

metall 3/2007: »Bild« gegen gesetzliche Rente

▶ Wenn – wie Politiker, Versicherungen und deren willfährige Handlanger behaupten – die »kapitalgedeckte« Rente »so gut und sicher« ist, warum haben dann alle Politiker und politischen Beamten nicht schon vor Jahrzehnten eine solche Versicherung abgeschlossen? Die Politiker reden laufend von mehr »Eigenverantwortung«, nehmen sie sich selbst hiervon jedoch aus. Eine »neue soziale Marktwirtschaft« würde es nur dann geben, wenn alle Bundes-, Landespolitiker, politische Beamte oder unsere Wirtschaftsprofessoren in die Sozialkassen einzahlen, weil nur dadurch eine spätere Anspruchsberechtigung abgeleitet werden kann. Für mich tendiert der Informationsgehalt dieses Blattes gegen Null.

Helmut Buse, Remscheid

▶ Zu Eurem Bericht über die »Bild«-Kampagne gegen die gesetzliche Rente passt hervorragend Herrn Münteferings Kapitulationserklärung für die gesetzliche Rente. Welchen Vorteil es für abhängig Beschäftigte bringen soll, sich zusätzlich zur gesetzlichen Rente und ohne einen paritätischen Finanzierungsanteil der Arbeitgeber auf eigenen (Mehr-) Kosten bei kommerziellen Versicherungskonzernen zu versichern, darauf gibt es leider keine Antwort.

Werner Zipperer, Frankfurt am Main

Dank an die Redaktion

metall 1 bis 12/2006: Briefmarken der Rätseleinsendungen

▶ Jedes Jahr werden die Briefmarken der **metall**-Rätselpostkarten zu den »von Bodelschwinghschen Anstalten« in Bielefeld-Bethel gebracht. Im Jahr 2006 waren es 383 243 Briefmarken und 1379 Telefonkarten. Mit dieser Aktion werden bis zu 130 Behindertenarbeitsplätze erhalten. Die Leserinnen und Leser von **metall** trugen erheblich zu diesem guten Ergebnis bei. Dafür herzlichen Dank.

Antonius Eikenkötter, Warendorf

E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.
Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden.
Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069–66 93-24 45,
Fax 0 69–66 93-80-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund

Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon 061 51–81 27-0,
Fax 0 61 51–89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069–66 93-22 24,
Fax 0 69–66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.

Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de



Bei Alstom in Mannheim haben Kolleginnen und Kollegen einen politischen Chor gegründet. Mit ihren kritischen Liedern wollen sie die Zuhörer ermutigen, sich zu wehren. Deshalb treten die Söhne und Töchter Mannheims auch immer öfters bei Streiks und Betriebsversammlungen auf.



Foto: Reante Schildheuer

Alstom-Chor mit Liedermacher »Schlauch« (mit Gitarre): »Wir zeigen es allen«

Zu Besuch bei

Söhne und auch die Töchter Mannheims

Die Scheinwerfer sind grell, die Boxen links und rechts der Bühne des Weinheimer Rolf-Engelbrecht-Haus gewaltig, der Saal proppevoll. Als der Alstom-Chor aus Mannheim angekündigt wird, rauscht Beifall durch die Halle. Die Gruppe ist beliebt. Vorne, am Künstlertisch, wuchtet Akkordeonspieler Helmut Hoffmann seine Quetsche über die Schulter, und zusammen mit den anderen Musikern geht's rauf auf die Bühne ins Rampenlicht.

Da sind sie ja, die Söhne Mannheims – und auch die Töchter. »Résistance, unsere Chance«, steht auf ihren blauen T-Shirts, und so aufmunternd wie dieser Slogan aus dem Arbeitskampf bei Alstom vor mehr als drei Jahren sind auch ihre Liedtexte. Bernd Köhler »Schlauch«, der Liedermacher aus den 80er Jahren, ist dafür zuständig und komponiert sie auch. Er hatte seine Karriere eigentlich hinter sich. Aber die Alstomer haben es geschafft, ihn wieder für die Musik der Gewerkschafter zu begeistern.

Jetzt begeistert der Alstom-Chor die Zuhörer. »Wer hat das Werk, in dem Du schaffst, wohl aufgebaut«, hallt es durch den Saal, »doch nicht der Boss, der jetzt so tut als sei's sein Werk.« Schlauch, der Barde, führt mit seiner Konzert-Gitarre, stets den linken Fuß auf einen Stuhl gestützt. Aber erst der Schwung der Sängerinnen und Sänger lässt den Funken auf die Zuhörer überspringen. Der Saal kommt in Schwung.

Das wollen die Chormitglieder ja. »Wir wollen unseren Widerstand mit Musik verbinden«, erklärt Wolfgang Alles, Betriebsrats- und Chormitglied, die Gruppen-Philosophie. »Wir wollen die Menschen ermutigen, sich zu wehren. Mit Musik ist es leichter erfolgreich zu sein.«

Vor allem, wenn sie so authentisch wie die des Alstom-Chores ist. »Unsere Lieder kommen aus dem Herzen«, sagt Chormitglied Petra Haßlöcher. Die Metallerin ist Betriebsratsmitglied bei Daimler-Chrysler in Mannheim und als Externe dazu gestoßen. Als der Chor beim Internationalen Frauentag für Schwung sorgen sollte, half sie beim Sound-Check aus und blieb dabei. »Mit der Musik schreien wir unsere Bedürfnisse raus«, empfindet sie, »über den Chor werden wir viel besser gehört, das tut richtig gut.«

Lieder, die unter die Haut gehen

Ende 2005, auf der Vertrauensleutekonferenz in Sprockhövel, sollen während eines Auftritts sogar Tränen geflossen sein. »Den Kolleginnen und Kollegen gingen unsere Lieder unter die Haut«, erinnert sich Chor- und Vertrauenskörperleitungsmitglied Horst Richter, der nebenbei noch im Gesangverein »Liederhalle Mannheim« mitsingt. »Wir wecken gewerkschaftliches Bewusstsein wieder auf.«

Beispielsweise, wenn die Manager mal wieder Monopoly spielen und Kollegen auf die Straße setzen wollen. »Das ist das Lied vom Monopoly, das spielen die von der Industrie«, hat Köhler im berühmten Résistance-Lied getextet, »Unsre Chance – Résistance«. Vor einem Jahr, als bei AEG in Nürnberg gestreikt worden ist, hat der Chor im Streikzelt Mut gemacht. Anschließend ist er rund ums Werk gezogen und hat die Streikposten aufgemuntert. »Mit Musik lässt sich vieles ausdrücken«, sagt Helmut Hoffmann. Der Akkordeon-Spieler ist Betriebsratsvorsitzender bei Bopp & Reuther und spielt auch im Akkordeon-Orchester in Mannheim-Sandhofen. »Wir sprechen die Erfahrungen der Kollegen an. Was wir in unseren Texten vortragen, hat jeder schon einmal erlebt.«

»Zugabe«, brüllt das Publikum im Saal. Auf der Bühne fassen sich die Musiker an den Händen und stimmen ein aufmunterndes Abschiedslied an. »Wir fassen uns fest bei den Händen…uns ist nicht bang…wir wehren uns und zeigen es allen.« Der Applaus im Saal will gar nicht enden. Die Chormitglieder kennen das schon. Letztes Jahr bei der Solidaritätsveranstaltung im Saal des Mannheimer Capitol hat das Publikum genau so geklatscht, auch auf der Betriebsversammlung. Nur die Firmenchefs in der ersten Reihe waren irritiert. »Die wussten nicht, wo sie hingucken sollen«, erinnert sich Wolfgang Alles. ◄

Fritz Arndt



metall-Telefonaktion zum Thema Elterngeld

Experten beantworten



Fotos: Frank Rumpenhorst

Die Experten der Telefonaktion zum Elterngeld: »Wenn sich beide Eltern um das Kind kümmern verbleibt ein Plus für die ganze Familie«

Seit Januar diesen Jahres gibt es das Elterngeld. Mütter und Väter haben noch viele Fragen. Am 13. März standen unseren Leserinnen und Lesern vier Experten Rede und Antwort. Hier nochmals die häufigsten Fragen aus der metall-Telefonaktion.



Mehr zum Thema

▸ **www.elterngeld.net**
Hier gibt es auch die Elterngeldstellen der einzelnen Bundesländer und die jeweiligen Antragsformulare.

Kann das Elterngeld auch während der Schwangerschaft beantragt werden?
Nein, weil die Elterngeldstelle eine Geburtsurkunde des Kindes verlangt. Der Antrag muss nicht sofort nach der Geburt gestellt werden. Doch man sollte den Behördengang auch nicht zu lange aufschieben – Grund: Eine rückwirkende Zahlung des Elterngelds wird nur für drei Monate vor Antragsdatum geleistet.

Wie hoch fällt das Elterngeld aus, wenn jemand vor Geburt kein Erwerbseinkommen hatte?
Dann gibt es das Mindestelterngeld von 300 Euro im Monat. Das betrifft zum Beispiel Hausfrauen, Studierende oder Arbeitslose.

Wie hoch ist der Geschwisterbonus?
Voraussetzung ist, dass ein Geschwisterkind mit im Haushalt lebt, das unter drei Jahre alt ist. Oder zwei oder mehr Kinder, die unter sechs Jahre alt sind. Dann gibt es zehn Prozent vom Elterngeld oder mindestens 75 Euro im Monat.

Wo und wie wird der Antrag gestellt?
Das ist in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt (mehr Infos siehe Kasten). Eltern, die sich beim Standesamt die Geburtsurkunde ausstellen lassen, erhalten dort auch Infos, welche Behörde für sie zuständig ist. Der Antrag muss schriftlich gestellt werden. Neben der Geburtsbescheinigung müssen Nachweise zum Erwerbseinkommen, eine Bescheinigung der Krankenkasse über das Mutterschaftsgeld und eine Bescheinigung über den Arbeitgeberzuschuss zum Mutterschaftsgeld vorgelegt werden.

Müssen sich Eltern schon bei Antragstellung auf die Bezugszeit festlegen?
Bis auf zwei Monate können sie die Bezugszeit frei wählen. Gibt es zwei Elternteile, müssen beide den Antrag unterschreiben. Partner, die noch nicht genau wissen, wie lange sie in die Elterngeldzeit gehen wollen, müssen darauf achten im Antrag zu erklären, dass sie die genaue Zeitaufteilung später festlegen werden. Denn: Anträge, in denen Eltern sofort erklären, dass nur ein Teil Elterngeld beantragt, können nachträglich nicht geändert werden.

Wie lange wird gezahlt?
Paare können 14 Monate Elterngeld bekommen. Voraussetzung: Der andere Elternteil muss mindestens zwei Monate das Kind betreuen. Insgesamt kann ein Elternteil höchstens zwölf Monate nehmen. Alleinerziehende bekommen 14 Monate. Paare und Alleinerziehende, die erwerbslos sind, bekommen zwölf Monate Elterngeld.

Wie berechnet sich das Elterngeld?
Grundlage ist das pauschalierte Nettoeinkommen der letzten zwölf Monate vor Geburt des Kindes oder vor Beginn des Mutterschutzes. Ob Mama oder Papa: Wer das Kind betreut, bekommt 67 Prozent des ausbleibenden Nettoeinkommens ersetzt, maximal 1800 Euro. Einmalzahlungen, wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld werden nicht berücksichtigt. Weiterer Abzug: Die Werbungskostenpauschale von 920 Euro im Jahr.

Was bekommen so genannte Geringverdiener?
Wenn vor der Geburt der durchschnittliche Verdienst geringer als 1000 Euro netto im Monat war, fließt statt der 67 Prozent ein wesentlich höherer Prozentsatz in die Berechnung ein.

die wichtigsten Fragen



Julia Cuntz,
Funktionsbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim Vorstand der IG Metall



Tanja Keil,
Abteilung Landesamt für Versorgung und Soziales beim Regierungspräsidium in Gießen



Wolfgang Konrad,
Abteilung Landesamt für Versorgung und Soziales beim Regierungspräsidium in Gießen



Hermann Oberhofer,
Leiter des Ressorts Arbeitsrecht beim Vorstand der IG Metall

Darf man während des Bezugs arbeiten?
Ja, aber nicht mehr als 30 Stunden die Woche. Die Betreuungsperson bekommt dann 67 Prozent des entfallenden Teileinkommens gezahlt.

Wird das Elterngeld versteuert?
Nein, zählt aber trotzdem. Grund: Es wird zur Ermittlung des Steuersatzes herangezogen, dem so genannten Progressionsvorbehalt. Das kann unter Umständen bedeuten, dass Eltern Steuern nachzahlen müssen.

Gibt es Eltergeld plus Mutterschaftsgeld?
Nein. Weil das Mutterschaftsgeld verrechnet wird. Auch wenn für die Zeit des Mutterschutzes kein Elterngeld beantragt wird: Monate, in denen Mutterschaftsgeld bezogen wird, gelten immer als Bezugsmonate der Mutter.

Sonstige Voraussetzungen?
Kinder müssen in diesem Jahr geboren worden sein. Und die Arbeit muss unterbrochen oder auf 30 Stunden die Woche reduziert werden.

Ist man während der Elternzeit beitragsfrei krankenversichert?
Ja. Aber nur in der gesetzlichen Krankenversicherung. Wer privat versichert ist, muss in dieser Zeit Beiträge zahlen.

Wo gibt es weiteres Info-Material?
Bei der IG Metall gibt es die Broschüre »Elterngeld – Neue Chancen für Väter und Mütter«. Mitglieder erhalten sie bei ihrer örtlich zuständigen Verwaltungsstelle. Auch das Familienministerium bietet Broschüren und den Elterngeldrechner. Im Netz unter www.bmfsfj.de◄

Antonela Pelivan

Anzeige

Recht so

metall: Umgestürzte Bäume unterbrechen Verkehrsverbindungen, Straßen werden wegen Veranstaltungen gesperrt. Was muss ein Arbeitnehmer beachten, wenn er ohne eigenes Verschulden nicht pünktlich bei der Arbeit sein kann?



Foto: Heike Rost

Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

Carsten Schuld: Wann immer eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer nicht oder nicht rechtzeitig bei der Arbeit erscheinen kann, gilt: **Er muss sofort den Arbeitgeber informieren.**

Ist ein Beschäftigter verhindert zur Arbeit zu kommen, unterscheidet die Rechtsprechung grundsätzlich zwischen »subjektiven« und »objektiven« Gründen. **Subjektive Gründe** bestehen, wenn ein Arbeitnehmer durch Ereignisse in seinem persönlichen Bereich wie Einbruch, Brand oder einen eigenen Verkehrsunfall daran gehindert ist, am Arbeitsplatz zu erscheinen. In diesen »subjektiven« Fällen besteht trotz der Verhinderung ein Anspruch auf Lohnfortzahlung.

Als **objektive Gründe** bezeichnet man die, die eine Vielzahl von Arbeitnehmern gleichzeitig davon abhalten, ihre Arbeitsstätte zu erreichen. In diesen Fällen liegt das Wegerisiko bei den Arbeitnehmern. Sie haben dann keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Auch dann nicht, wenn die Störung nicht von ihnen selbst verursacht worden ist. Solche Gründe sind beispielsweise Naturkatastrophen ebenso wie Staus durch Demonstrationen. Die Lasten bei der Entgeltfortzahlung sind also zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geteilt. Es geht nicht um Schuld, sondern um Abwägung der Risiken.

Nun kann es in Fällen höherer Gewalt natürlich vorkommen, dass ein Arbeitnehmer seine Arbeit anbietet, der Arbeitgeber ihn aber nicht beschäftigen kann, weil beispielsweise Sturmschäden den Betrieb lahm gelegt haben. In diesen Fällen ist der Arbeitgeber grundsätzlich zur Zahlung der vereinbarten Vergütung verpflichtet.

Viele **Tarifverträge enthalten übrigens Regelungen zur Entgeltfortzahlung** wenn der Beschäftigte verhindert ist, zur Arbeit zu kommen. ◄

► **Weitere Fragen** rund um den Rechtsschutz? Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

Projekt »Gute Arbeit«

Arbeit menschlicher gestalten



Druck und Belastung am Arbeitsplatz steigen immer mehr. Dagegen können Beschäftigte gemeinsam mit ihrem Betriebsrat was tun.

Viele Beschäftigte wissen, dass sie ihre jetzige Arbeit nicht bis zur Rente durchhalten. Das zeigt auch die IG Metall-Umfrage zur geplanten Rente mit 67. Die IG Metall fordert, dass Beschäftigte bis zur Rente – spätestens mit 65 Jahren – gesund bleiben und gute Arbeit leisten können. Hierzu wurde unter anderem vor zwei Jahren das Projekt »Gute Arbeit« gestartet. Das Projekt entwickelt Lösungen zur humanen Gestaltung der Arbeit im Betrieb.

Beschäftigte dürfen laut Paragraf 17 des Arbeitsschutzgesetzes Vorschläge zu den Themen Sicherheit und Gesundheitsschutz machen. Sie können sich auch an Behörden, etwa die Gewerbeaufsicht wenden.

Erster Ansprechpartner ist jedoch der Betriebsrat. Er kann mit dem Arbeitgeber Betriebsvereinbarungen zu Gesundheitsschutz und Arbeitsorganisation – wie beispielsweise Schichtmodelle oder Pausenregelungen – abschließen.

Der Betriebsrat darf nach Paragraf 80 des Betriebsverfassungsgesetzes sachkundige Beschäftigte als Auskunftspersonen hinzuziehen. Die Beschäftigten wissen am besten, welche Belastungen und Risiken es gibt – und was verbessert werden muss. Eine menschlichere Gestaltung der Arbeit funktio-

Meldungen

Bücher



Recht auf Arbeit Recht auf Faulheit

Sieben Tage rund um die Uhr erreichbar? Die jahrelange Suche nach Arbeit? Platz für Familie und Freizeit? Wohin steuert unser Arbeitsleben? Ein Buch gibt Denkanstöße.

Das Buch bietet einen Streifzug quer durch die Arbeitswelt und die Welt der Arbeitslosen.
Die Anregung dazu kam von Ex-Bundeskanzler Schröder. »Es gibt kein Recht auf Faulheit«, erklärte er vor sechs Jahren in der »Bild«. Die Autoren des Buchs halten es da lieber mit Wilhelm Liebknecht: »Nicht um zu arbeiten leben wir, sondern wir arbeiten, um zu leben.«

► **Achten, Gerstenkorn, Menze (Hg.): »Recht auf Arbeit – Recht auf Faulheit«. verdi b+b, 2007, 39,80 Euro.** ► **www.verdi-bub.de**



Foto: picture-alliance / dpa / Lübke

Volkswagen in Hannover geht mit gutem Beispiel voran: »In der langfristigen Personalplanung sind alternsgerechte Wechsel der Arbeit während der Arbeitslaufbahn vorgesehen«

niert besser, wenn Kolleginnen und Kollegen beteiligt sind. Mit einer so genannten Gefährdungsbeurteilung gemäß Paragraf 5 des Arbeitsschutzgesetzes werden alle Belastungen erfasst, auch Belastungen psychischer Art, etwa durch den zunehmenden Arbeits- und Zeitdruck.

Beim Sensortechnikhersteller Sick in Waldkirch im Breisgau beispielsweise hat der Betriebsrat eine Gefährdungsbeurteilung durchgesetzt. Diese Beurteilung wird als ständiger Verbesserungsprozess gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet. »Es gibt Bereiche, wo Kolleginnen und Kollegen sich als ›Kümmerer‹ aktiv einbringen und wir Verbesserungen im Gesundheitsschutz erzielt haben«, sagt Betriebsrätin Marion Bentin. »Doch oft geht das Thema im betrieblichen Alltag unter. Wir arbeiten daran.«

Seit Jahren ein Thema

Im Streit um die Rente mit 67 werfen die Regierungsparteien der IG Metall vor, die Augen vor der Demografie zu verschließen. Arbeitsminister Franz Müntefering erteilte Nachhilfe: Die Gewerkschaften sollen jetzt etwas für Gesundheitsschutz und alternsgerechtes Arbeiten tun. Doch tatsächlich ist die Alterung von Gesellschaft und Belegschaften seit Jahren Thema der Gewerkschaften. Das zeigen viele Projekte. Grundlage für eine alternsgerechte Arbeitsorganisation, Personal- und Qualifizierungsplanung ist eine Analyse der Altersstruktur im Betrieb.

Bei Volkswagen in Hannover beispielsweise hat man dabei auch die Risiken alters- und krankheitsbedingter Einschränkungen an den verschiedenen Arbeitsplätzen untersucht und gehandelt. »Beschäftigte mit Einschränkungen werden nun rücksichtsvoll eingesetzt und über ein Eingliederungsprogramm gefördert«, erklärt Betriebsrat Walter Deterding. »In der langfristigen Personalplanung sind alternsgerechte Wechsel der Arbeit während der Arbeitslaufbahn mit entsprechender Qualifizierung vorgesehen.«

Nicht nur bei Volkswagen: In den von der IG Metall 2006 durchgesetzten Qualifizierungs-Tarifverträgen ist die Beteiligung der Beschäftigten bei ihrer Qualifizierungsplanung sogar verbindlich vorgeschrieben. Jeder kann nun aktiv die eigene Arbeitslaufbahn mitgestalten.

Informationen, Beispiele und Arbeitshilfen, darunter Fragebögen und Software gibt es unter:
▸ www.igmetall.de ▸ Themen ▸ Projekt »Gute Arbeit«

Dirk Erb

Hartz IV

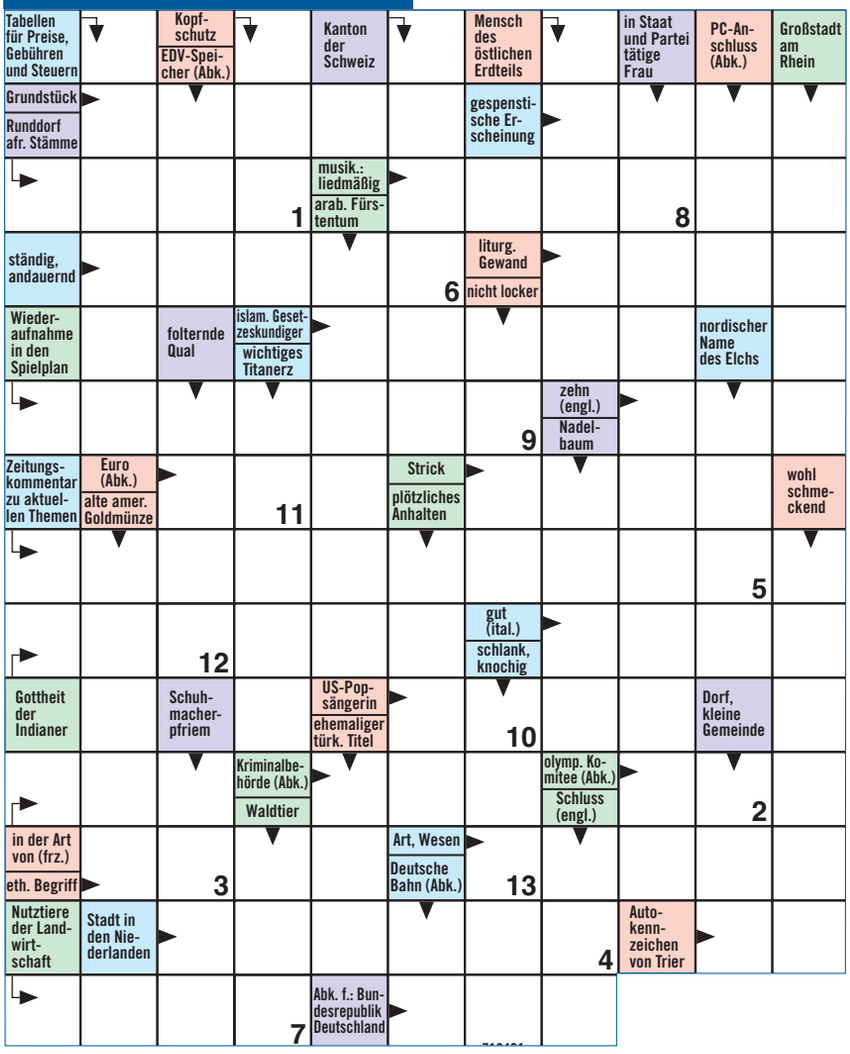
Wohngeldzuschuss für Azubis

Seit Jahresbeginn können auch Schüler, Studenten und Auszubildende einen Zuschuss zu den Unterkunftskosten erhalten.

Voraussetzung ist, dass Antragsteller Bafög, Berufsausbildungsbeihilfe (Bab) oder Ausbildungsgeld von der Arbeitsagentur erhalten. Zudem müssen tatsächlich Kosten für Miete und Heizung anfallen. Das betrifft auch Azubis, die noch bei den Eltern wohnen und sich an den Kosten beteiligen müssen. Wer in einer eigenen Wohnung wohnt, hat ebenso einen Anspruch. Studierende erhalten den Zuschuss nur, solange sie im Elternhaus leben.

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (Kos) rät, kein Geld zu verschenken und Anträge bei den zuständigen Arbeitsgemeinschaften vor Ort zu stellen. Info-Blatt der Kos unter:
▸ www.erwerbslos.de
▸ Rechtshilfen
▸ ALG II
Wohnkosten

Monatsrätsel . . .



Lösungswort Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 30. April 2007 senden an:
Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus Januar/Februar: Entgelttarifvertrag

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder
- einen **IFA-Gutschein** im Wert von 50 Euro, anzurechnen bei Buchung eines IFA-Aufenthalts (keine Barauszahlung).
- ein **IG Metall-Taschenmesser**
- eine **IG Metall-Sicherheitsweste**

als Extrapreis.

Zusätzlich verlosen wir zwei **IG Metall-Fußbälle**
Der Zusatzgewinn im Januar/Februar:
Je ein IG Metall-Fußball
geht an:
Dieter Oehlen, Duisburg
Manfred Handke, Michelau

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis: drei Tage für zwei Personen im Doppelzimmer/HP im IFA-Ferienpark Rügen */Ostseebad Binz**



2. Preis:
Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis:
ein IG Metall-Verbandkasten

Drei-Monats-Rätsel . . . Teil 4

Wortschatz

1) Abaton
a) Tageszeit .....UTE
b) Parlamentarierin ...MAU
c) Altarraum .....WE
d) Fußmatte .....DIE

2) Emigrant
a) Schlussresultat .....PLU
b) Kaufmann.....STA
c) Absetzung.....AUTO
d) Auswanderer.....NND

3) Flora
a) Pflanzenwelt.....UZE
b) Plastikhaut.....TRA
c) Frauenkurzname ...ZUR
d) essbares Obst .....NE

4) Kasside
a) Segelbootart.....OMA
b) Trinkgefäß.....RA
c) Gedichtform.....IGE
d) charakt. Merkmal ..LUZI

5) Routine
a) Süßigkeit .....CHT
b) Praktikerfertigkeit .NWIL
c) Kaminschwärze..DOCH
d) Transportgerät .....ESS

6) Triangel
a) Volk in Europa .....BRT
b) drei Musizierende ...FRI
c) runder Fleck .....GRUE
d) Schlaginstrument ....LST

Kennen Sie die folgenden Wörter? Bei richtiger Lösung ergeben die rechts stehenden Buchstaben den vierten Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus Teil 4 bis 6 auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2007 einsenden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie einen der drei Hauptpreise gewinnen. Und als Extra: eine ACE-Klubmitgliedschaft für ein Jahr im Wert von 56 Euro.

Mitglieder werben Mitglieder









Auch die Tarifrunde 2007 will die IG Metall wieder nutzen, um Mitglieder zu werben.

In keiner Zeit ist die Organisation so präsent wie in einer Tarifrunde. In den Tageszeitungen, im Fernsehen, auf dem Flugblatt im Betrieb – überall ist zu lesen, was die IG Metall fordert. Es gibt keine bessere Gelegenheit, um Beschäftigten die Vorteile einer Mitgliedschaft vor Augen zu führen und Mitglieder zu werben. Denn

Nur gemeinsam sind wir stark.

metall verlost unter den ersten fünf Metallerinnen und Metallern, die seit 1. März ein Mitglied geworben haben fünf attraktive Preise.

Die Antwort bitte bis 15. April 2007 senden an:
Redaktion **metall**
– Stichwort Mitglieder werben Mitglieder –
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

metall-Aktionen

Mitglieder werben Mitglieder

Preise im Rahmen der metall-Aktion **»Mitglieder werben Mitglieder«** haben gewonnen:
Heinrich Gerhardt, Köln
(Sporttasche)
Willi Wolf, Königsbronn
(Taschenmesser)

Ruhrfestspiele

Je ein Ticket für **»Cargo«**, ein Stück des THEATRE DU CENTAURE aus Marseille – im großen Zirkuszelt mit Pferden haben gewonnen:

Udo Siewing, Hasbergen
Peter Vitt, Siegen
Siegfried Kunowsky, Berlin
Sybille Lilje, Wolfsburg
Gisela Tripp, Dortmund
Volker Hinekldey, Wuppertal

Die Preise werden den Kolleginnen und Kollegen in den nächsten Tagen zugesandt.



Löhne stützen den Aufschwung

Heinz Bontrup über Arbeit, Einkommen und Konjunktur



Foto: picture alliance/dpa

Mindestens den Verteilungsspielraum ausschöpfen, empfiehlt der Wissenschaftler Heinz Bontrup

Endlich ist er da, der lang ersehnte Aufschwung. Schon im vergangenen Jahr kam es zu einem realen Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent. Diese wirtschaftliche Wiederbelebung – nach fünf Jahren Stagnation – der SPD- und CDU/CSU-Regierung gutzuschreiben, wäre allerdings ein Missverständnis. Es ist eher so, dass trotz der weiter betriebenen neoliberalen Wirtschaftspolitik selbst die Große Koalition den Aufschwung nicht verhindern konnte. Die derzeitige Wachstumsbelebung basiert nach wie vor weitgehend auf einer gespaltenen Konjunktur.

Neben den Umsatzsteuer-Vorzieheffekten bei der Nachfrage beruht das Wachstum 2007 auf einer gestiegenen Exportnachfrage, jetzt aber in Kombination mit deutlich höheren privaten Investitionen. Dabei ist der Exportboom nicht neu. Er ist aber gefährlich. Macht er zum einen die deutsche Wirtschaft immer abhängiger von der Weltkonjunktur, die maßgeblich mit der von uns nicht zu beeinflussenden Entwicklung des US-Dollars und der Entwicklung der Rohölpreise zusammenhängt. Zum anderen führen permanente Leistungsbilanz-Überschüsse zu zunehmenden internationalen Ungleichgewichten und Konflikten.

Zwar steigen 2007 auch die Investitionen. Doch das ist noch lange kein Beleg für eine neue lang anhaltende Aufschwungdynamik. Denn die Investitionen werden hauptsächlich getragen von notwendigen – während der Stagnation aufgestauten – Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen.

Inlandsnachfrage schwächelt

Der für die Binnenkonjunktur wichtigste und mit Abstand größte Faktor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der private Verbrauch, hat sich demgegenüber nur sehr geringfügig nach oben bewegt. Das ist kein Wunder. Sind doch auch 2006 die realen Nettolöhne und -gehälter in der Gesamtwirtschaft um 1,4 Prozent zurückgegangen. (2005 betrug der Reallohnverlust 2,3 Prozent.) Ohne eine nachhaltige Stärkung des privaten Verbrauchs werden aber auch die privaten Investitionen erneut einbrechen. Unternehmen investieren eben nur dann, wenn sie langfristige Nachfrageerwartungen haben.

Die Schwäche der Binnenkonjunktur, die sich bereits in der Prognose für dieses Jahr durch einen rückläufigen Wert zwischen 1,5 und zwei Prozent andeutet, wird dabei um so stärker ausfallen, wie die neoliberal begründete Umverteilung von unten nach oben beziehungsweise zu den Gewinnen anhält.

Nach der neoliberalen »G-I-B-Formel« (Gewinn-Investition-Beschäftigung) sind die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Beschäftigung von

Zur Person

Lebenslauf

Heinz-J. Bontrup, Diplomökonom und Diplombetriebswirt, ist Professor an der Fachhochschule Gelsenkirchen. Er ist Mitverfasser des jährlich erscheinenden Memorandums der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Vor seiner Berufung zum Hochschullehrer war er lange in der Industrie tätig, unter anderem als Arbeitsdirektor in der Stahlindustrie.

Sein Buch

»Arbeit, Kapital und Staat«
In Zeiten der Globalisierung hat sich die Arbeit und die Stellung der Beschäftigten im Unternehmen verändert. Gleichzeitig wird das erwirtschaftete Sozialprodukt immer mehr zu Lasten der Lohnabhängigen umverteilt. Das analysiert Heinz Bontrup in seinem Buch und formuliert Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik.



Das Buch ist im August 2005 in dritter Auflage im Verlag Papyrossa erschienen. Es hat 424 Seiten und kostet 24,80 Euro.

übermorgen. Würde diese Formel endlich durch kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen durchbrochen, könnte die bereits eingesetzte Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in einen länger andauernden Aufschwung gewendet werden. Dazu müsste aber dringend der gesamtwirtschaftliche verteilungsneutrale Spielraum in den Tarifrunden ausgeschöpft werden. Das heißt, die Nominallöhne müssen entsprechend der Produktivitätsrate und der – von der Europäischen Zentralbank festgelegten – Zielinflationsrate ansteigen. Somit wären gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssteigerungen in der Größenordnung zwischen drei und vier Prozent geboten.

Einmalzahlungen falscher Weg

Ein solches Verteilungsergebnis ist aber vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit erfolgten Umverteilung zu den Gewinnen nicht akzeptabel. (Diese Umverteilung hat übrigens nicht gemäß der G-I-B-Formel zu mehr Investitionen und Beschäftigung geführt, sondern allenfalls zu mehr prekären Arbeitsverhältnissen.) Denn bei einer verteilungsneutralen Lohnpolitik ändert sich an dem heutigen Missverhältnis bei der Verteilung der gesellschaftlichen Vermögensbestände überhaupt nichts.

Es wäre dringend notwendig, eine Umverteilungskomponente in den Tarifverhandlungen zu Gunsten der abhängig Beschäftigten aufzunehmen und möglichst auch durchzusetzen. Dies könnte in Form von Gewinnbeteiligungen erfolgen, die als zusätzliches Einkommen oberhalb des neutralen Lohnverteilungsspielraums an die abhängig Beschäftigten fließen. Abzulehnen sind dagegen die von den Unternehmerverbänden geforderten Einmalzahlungen. Diese führen zu einer weiteren Umverteilung zu den Gewinnen. Schließlich sind Produktivitätssteigerungen und Inflationsraten auch keine Einmaleffekte.

Lohnpolitik allein ist nicht genug

Nur Lohnpolitik reicht aber nicht aus, um den Aufschwung zu verstetigen und die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Betreibt die Große Koalition weiter eine prozyklische Ausgabenpolitik, unterstützt sie die Konjunktur nicht durch mehr öffentliche Investitionen. Setzt sie außerdem den Sozialabbau unvermindert fort und verwirklicht die geplante Unternehmensteuerreform, dann wird es nichts mit einer dauerhaften Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. ◄



Foto: Terre des Hommes / Rivera

Straßenkinder in Puebla: VW- und Audi-Beschäftigte auf der ganzen Welt spenden monatlich Restcents, um Projekte für Straßenkinder zu unterstützen

Projekte für Straßenkinder

ZUKUNFT FÜR EIN PAAR CENT

Mit 14 sah die Zukunft für Carlos düster aus. Der Junge lebte auf der Straße und stahl Autos. Er konnte weder lesen noch schreiben. Sechs Jahre später trägt er die weiße Arbeitsuniform eines Kochs und macht eine Ausbildung.

Carlos hatte Glück. Als er mit 14 Jahren von der Polizei geschnappt wird, landet er im Juconi-Haus, eine Einrichtung für Straßenkinder in der mexikanischen Metropole Puebla. Hier leben 20 Jungen, die jahrelang nur eine Heimat kannten, die Straßen ihrer Stadt. Das Juconi-Haus hilft ihnen, wieder Fuß zu fassen, die Schule zu besuchen und einen Abschluss zu machen. Das Geld dafür kommt von VW- und Audi-Beschäftigten.

Vor neun Jahren startete der VW-Konzernbetriebsrat die Aktion »Eine Stunde für die Zukunft«. Der Jahrtausendwechsel stand bevor, und der Betriebsrat wollte ein Zeichen setzen. Ein Zeichen gegen Armut und für die Zukunft vieler Kinder. Deshalb rief er die Belegschaft auf, zum Jahrtausendwechsel den Lohn einer Arbeitsstunde zu spenden. Mit dem Geld sollten Straßenkinder an den Standorten des Konzerns unterstützt werden. Als Partner hatte der Konzernbetriebsrat die Hilfsorganisation Terres des Hommes ins Boot geholt. Sie suchte Projekte aus und leitete die Spenden weiter. Doch aus dem Zeichen zum Jahrtausendwechsel wurde schnell ein Dauerbrenner. »Es war uns bald klar, dass wir dauerhafte Spender brauchen, wenn die Projekte weiterlaufen sollten«, sagt Magdalena Brüning vom VW-Gesamtbetriebsrat.

Viele Klinken musste der Betriebsrat nicht putzen. Heute überweisen 70 Prozent der VW- und Audi-Beschäftigten ihre Restcents an die Aktion. Sie spenden den Betrag, der jeden Monat auf ihrer Abrechnung hinter dem Komma steht, also maximal 99 Cent pro Monat. Auch auf Weihnachtsfeiern sammeln Beschäftigte für die Straßenkinder. Betriebsräte spenden ihre Fahrtkostenerstattungen und Jubilare ihre Boni.

Ein Blick hinter den Werkszaun

»Die Aktion ist richtig in den Köpfen unserer Leute angekommen«, sagt Magdalena Brüning. Auch international. Von Anfang an dabei war etwa die VW-Belegschaft in Sao Paulo, die jedes Jahr einen Stundenlohn für die Projekte sammelt. Und in Mexiko spenden VW-Beschäftigte regelmäßig einen Tageslohn.

Zwar wählte Terres des Hommes die Projekte aus. Der VW-Betriebsrat gab aber die Orte vor. »Wir wollten dort helfen, wo wir unsere Werke haben«, sagt Magdalena Brüning. »Wir haben ja gesehen, was außerhalb des Werkszauns läuft.« ◄

Fabienne Melzer



Zeichnung: Harm Bengen